



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss in München:

Konfliktlösung im Vordergrund

Die Themen Ganztagsbetreuung und Asylpolitik standen auf der Tagesordnung der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstands und Hauptausschusses in München. Hierzu hieß Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle Georg Eisenreich, MdL, Staatssekretär im Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst sowie Dr. Marcel Huber, MdL, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Sonderaufgaben, willkommen.

Die Ganztagsbetreuung hat sich in den vergangenen Jahren mit vielfältigen aber auch teilweise unübersichtlichen Möglichkeiten und verschiedensten Fördersystemen präsentiert. Ein Großteil der Lasten dieser Ganztagsangebote war bei den Kommunen angesiedelt, weshalb die KPV laut Rößle forderte, die vielen unterschiedlichen Angebote in Schulen und Horten zu harmonisieren und sinnvoll zu gliedern sowie eine gleichwertige Lastenverteilung herbeizuführen.

Flexibilisierung

Besonders am Herzen liegen der KPV hierbei eine bessere Flexibilisierung, da die Betreuung am Freitag und die 14-wöchige Ferienzeit die Eltern immer häufiger vor große Probleme stellen sowie eine Entkopplung von Bildungsgerechtigkeit und Finanzierbarkeit. Aktuell ist die Bildungsqualität vor allem im Grundschulbereich noch zu stark von der jeweiligen Finanzkraft der Kommunen abhängig. Zudem müsse das Fördersystem hinsichtlich der Findung von Kooperationspartnern und Betreuern spürbar vereinfacht werden. Aufgrund des hohen Verwaltungsaufwands und der geringen Entlohnung seien qualifizierte Kräfte bedauerlicherweise immer schwerer zu finden.

Staatssekretär Eisenreich, der die Ergebnisse des Ganztagsgipfels der Staatsregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden erläuterte, verwies auf den Konsens zwischen Kultus- und So-

zialministerium und ging auf das finanzielle Engagement des Freistaats ein. Über 160 Millionen Euro sollen in den Ausbau der Ganztagsbetreuung an Grundschulen investiert werden.

Offene Ganztagsangebote

Ziel der Offenen Ganztagsangebote sei u.a. eine noch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier gehe es unter anderem um die Lösung der Konflikte im Zusammenhang mit den Ferienzeiten der Kinder und den Arbeits- bzw. Urlaubszeiten der Eltern. Aber auch die gezielte Förderung von Schülern nach ihrem individuellen Förderungsbedarf und mehr soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit unabhängig von der Herkunft der Schüler, spielten eine tragende Rolle. Zu-

Bayerischer Bezirkstag in Amberg:

Erwartungen an ein Bundesteilhabegesetz

Über die Reform der Eingliederungshilfe beriet die Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstags in Amberg. Unter dem Leitgedanken „Teilhaben – Teil sein – Erwartungen an ein Bundesteilhabegesetz“ wurde das Ziel formuliert, Menschen mit Behinderungen aus der Finanzierung der Sozialhilfe herauszunehmen.

Wie der Präsident des Bayerischen Bezirkstags, Josef Mederer, hervorhob, dürfe nach Überzeugung der Bezirke ein Mensch mit Behinderung in Zukunft kein Fall mehr für die Sozialhilfe sein. Vielmehr müsse es darum gehen, den Betroffenen ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, mit dessen Hilfe sie in der Gesellschaft integriert sind.

Mederer zufolge fordert der Bayerische Bezirkstag unter anderem die Einführung eines Bundesteilhabegeldes für leistungsberechtigte, volljährige Menschen mit Behinderung, die dieses Teilhabegeld ohne weitere Bedingungen, insbesondere ohne Einkommens- und Vermögensüberprüfung auf Antrag erhalten können.

„Wir halten eine gesetzliche Regelung der Prüfrechte des prüfenden Leistungsträgers bei der Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Qualität für erforderlich“, so Mederer. Der Leistungsträger müsse das gesetzlich geregelte Recht er-



KPV-Sitzung im Franz Josef Strauß-Haus - von links: Marcel Huber, Josef Mederer, Georg Eisenreich, Stefan Rößle, Jörg Kunstmann und Georg Huber.

hältlich seien Ganztagsangebote auch ein wichtiger Standortfaktor für jede Gemeinde.

Wie Eisenreich darlegte, sollen keine bestehenden Strukturen, die sich bewährt haben, zerschlagen werden. Etablierte Betreuungsangebote könnten auch im Rahmen der Offenen Ganztagsangebote weitergeführt werden. Alles basiere auf dem Prinzip der Freiwilligkeit und man sei sich bewusst, dass zusätzliche Kapazitäten aufgebaut werden müssen.

Eisenreich stellte hierzu zwei neue Modelle, die offene Ganztagschule und das Kombi-Modell, vor. Wie bereits an den weiterführenden Schularten ab Jahrgangsstufe 5 können offene Ganztagsgruppen mit Bildungs- und Betreuungsangeboten bis 16 Uhr an mindestens vier Schultagen eingerichtet werden. Was das Kombi-

modell von Jugendhilfe und Schule anbelangt, so arbeiten für Schulen mit hohem Betreuungsbedarf zu Tagesrandzeiten die Schulen mit der Jugendhilfe zusammen und decken Tagesrandzeiten bis 18 Uhr, zusätzlich den Freitag und auch die Ferienzeiten ab.

Pilotphase

Die Pilotphase startet im kommenden Schuljahr mit bayernweit 300 ausgewählten Schulen (rund 230 offene Modelle / 70 Kombi-Modelle). Im Jahr darauf werden es weitere 1.000 und wiederum ein Jahr später noch einmal 1.000 Schulen mehr sein. Bis 2018 soll es flächendeckend in Bayern für jeden Schüler in allen Schulen ein bedarfsgerechtes (Ganztags-)Angebot geben.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Kommunaler Finanzausgleich 2016:

Tragfähiger Kompromiss

Reaktionen der Kommunalen Spitzenverbände

Auf ein Rekordhoch beim kommunalen Finanzausgleich 2016 haben sich Finanzminister Dr. Markus Söder und die kommunalen Spitzenverbände geeinigt. „Unsere Kommunen erhalten dieses Jahr 8,4 Milliarden Euro“, betonte Söder in München. „Außerdem bringt die nun erreichte Reform mehr Gerechtigkeit in das System der Schlüsselzuweisungen. Wir stärken damit den ländlichen Raum mit spürbaren Verbesserungen für strukturschwache Gemeinden durch höhere Stabilitätshilfen und Umverteilung.“

Die Verhandlungen über den kommunalen Finanzausgleich in Bayern standen in diesem Jahr im Zeichen der knappen staatlichen Mittel in Folge der hohen Kosten, ausgelöst durch den Zustrom von Flüchtlingen und Asylbewerbern.

Das Verhandlungsergebnis bedeutet ein Plus von 160,7 Millionen Euro im Vergleich zu 2015 (plus 1,9 Prozent). Die Stabilisierungshilfen als Unterstützung für besonders finanzschwache, spärliche Gemeinden werden erneut um 30 Millionen Euro auf 150 Millionen Euro angehoben (plus 25 Prozent). Die Investitionszuschüsse werden ebenfalls um 30 Millionen Euro auf 406 Millionen Euro angehoben (plus acht Prozent). Die Zuweisungen für die Schülerbeförderung steigen um zwei Millionen Euro auf 316 Millionen Euro. Die Schlüsselzuweisungen erhöhen sich 2016 um 63 Millionen Euro, so dass in der Summe 3,2 Milliarden Euro hierfür zur Verfügung stehen.

Neue Systematik

Neben den absoluten Zahlen wurde auch eine neue Systematik der Schlüsselzuweisungen verabschiedet. So werden künftig Steuereinnahmen aus der Grund- und Gewerbesteuer in höherem Umfang berücksichtigt als bisher. Im Ergebnis kommt dies vor allem strukturschwachen Gemeinden mit geringeren eigenen Einnahmen zugute. Erstmals werden außerdem auch Aufwendungen der Gemeinden im Zusammenhang mit Kindertageseinrichtungen berücksichtigt. Gemeinden mit vielen Kindern in Tageseinrichtungen erhalten so eine stärkere finanzielle Unterstützung des Freistaats.

„Mit der Einigung über eine Strukturreform des kommunalen Finanzausgleichs ist es gelungen,

einvernehmlich eine jahrelange Diskussion über Gerechtigkeitslücken zu einem vernünftigen Ende zu bringen. Das funktionierende Finanzausgleichssystem wird optimiert: Die Bedarfserstellung wird aktualisiert und zugunsten der finanzschwachen Gemeinden wird die Steuerkraft künftig stärker berücksichtigt“, so der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, in einer ersten Stellungnahme. Der Städtetag hätte sich eine stärkere Einbeziehung von Zentralitätskriterien gewünscht.

Einigung

Maly: „Auf dieser Grundlage konnte auch eine Einigung über den kommunalen Finanzausgleich (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabrina



Der Bürgermeister hat die erste Online-Petition seines Lebens unterzeichnet - Stichwort Abschaffung der Bundesjugendspiele. So befreit diese Unterschrift zunächst für ihn auch war, so unangenehm stellten sich deren Folgen dar. Demokratie meets Marketing sozusagen. S. 11

Sie lesen in dieser Ausgabe

Asylpolitik: Entlastung für Kommunen	Seite 2
Kommunale Entwicklungspolitik: Neue Partnerschaften	2
GZ-Kolumne Josef Mederer: Notfallärzte auch für psychisch Kranke	3
Bertelsmann-Studie: Kommunale Sozialausgaben	3
Thementag „Kommunales Bildungsmanagement“	4
Kindeswohl: Mehr als 15.000 Gefährdungseinschätzungen	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Finanzthemen	5-7
Abfall · Umwelt	8-9
Aus den bayerischen Kommunen	10-12

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Asyl- und Flüchtlingspolitik:

Entlastung für Kommunen

Positionen der Kommunalen Spitzenverbände

Als wichtigen Beitrag, um die Aufnahme und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen in Deutschland zu bewältigen, haben Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund sowie Deutscher Landkreistag die Beschlüsse von Bund und Ländern zur Asyl- und Flüchtlingspolitik bezeichnet.

Wie die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse, Ludwigshafen, hervorhob, begrüßt ihr Verband, dass Bund und Länder sich in einer Verantwortungsgemeinschaft sehen und den Umgang mit der wachsenden Zahl von nach Deutschland kommenden Menschen jetzt deutlich stärker als gesamtstaatliche Aufgabe verstehen.

Beschleunigung

Lohse zufolge ist es eine gute Entscheidung und entlastet auch die Kommunen, wenn einerseits Asylverfahren für offensichtlich unbegründete Asylbegehren stark beschleunigt und andererseits Anstrengungen zur Integration für Flüchtlinge verstärkt werden, die länger in Deutschland bleiben. Die Städte begrüßten, dass der Bund seine Finanzmittel für dieses Jahr von 500 Millionen auf 1 Milliarde Euro aufstockt. Besonders bedeutsam sei die Bereitschaft des Bundes, sich ab dem Jahr 2016 strukturell, dauerhaft und dynamisch an den gesamtstaatlichen Kosten zu beteiligen.

Die dauerhafte Unterstützung müsse nun möglichst bald so konkretisiert werden, dass sie den Kommunen spürbar hilft. In die Beratungen darüber in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe sollten die Kommunen einbezogen werden, da sie die Hauptarbeit bei der Aufnahme, Versorgung und der Integration von Flüchtlingen leisten. Das drängendste Problem sei der zusätzliche Bedarf an Wohnungen, der gedeckt werden muss. Hier erwarten die Städte von Bund und Ländern, die das Problem erkannt haben, dass sie zeitnah bestehende Programme zur Wohnraumförderung ausweiten bzw. bewährte Förderprogramme wieder aufnehmen. Die Zusagen zum Ausbau von Sprach- und Integrationskursen seien hilfreich. Das gelte auch für die Absicht, bei der Gesundheitsversorgung Kommunen von Verwaltungsaufwand zu entlasten.

Von den Ländern erwarten die Städte nun, dass die Mittel des Bundes bei den Kommunen auch ankommen. Lohse: „Außerdem sehen wir die Länder gefordert, ihre sehr unterschiedliche Kostenstruktur gegenüber den Kommunen für die Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen bundesweit zu vereinheitlichen. Es kann nicht dabei bleiben, dass einzelne Länder die Kosten der Kommunen nahezu vollständig erstatten, während andere nur

rund ein Viertel der Ausgaben ausgleichen.“

Als elementar bezeichnete die Städtetagschefin das von Bund und Ländern verabredete beschleunigte Verfahren für offensichtlich unbegründete Asylbegehren, die dazu erforderliche Personalaufstockung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie die Absicht, abgelehnte Asylbewerber auch in ihre Heimatländer zurückzuführen. Die Städte bedauerten, dass der Beschluss keine konkreten Zusagen der Länder enthält, die Kapazitäten ihrer Erstaufnahmeeinrichtungen deutlich auszubauen. Denn die Kommunen wollen und sollten sich mit ganzer Kraft auf die Integration der Menschen konzentrieren können, die lange bleiben werden.

Höhere Kapazitäten

Dies jedoch könne nur gelingen, wenn die Verfahren für Menschen insbesondere aus den Westbalkanstaaten, die mit hoher Wahrscheinlichkeit keine Chance auf Anerkennung als politisch Verfolgte haben, in den staatlichen Aufnahmeeinrichtungen abgeschlossen werden und abgelehnte Asylbewerber von dort zurückgeführt werden. Damit diese Menschen erst gar nicht an die Kommunen verteilt werden, müssten die Landeseinrichtungen höhere Kapazitäten erhalten. Dies könne die Unterbringung in den Kommunen erheblich erleichtern. Auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund begrüßt die Beschlüsse von Bund und Ländern. Insbesondere die Verdopplung der bislang vom Bund zur Verfügung gestellten Finanzmittel auf eine Milliarde Euro im Jahr 2015 sowie die Verständigung auf eine konsequente und zeitnahe Abschiebung der Ausreisepflichtigen seien wichtige Schritte.

„Dass sich der Bund ab dem Jahr 2016 strukturell und dauerhaft an den Kosten beteiligen wird, halten wir für sehr wichtig“, betonte DSStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg. „Wir erwarten, dass die Kommunen in die Bund-Länder-Arbeitsgruppe ‚Neustrukturierung der Asylbewerber- und Flüchtlingsaufnahme‘ eingebunden werden. Dort müssen Städte und Gemeinden mit am Tisch sitzen“, meinte Landsberg.

Er begrüßte die Aufstockung des Personals beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie das Ziel, die eventuell folgenden

Gerichtsverfahren künftig innerhalb von zwei Wochen abzuwickeln. Die Asylbewerber sollten aus Sicht des Städte- und Gemeindebundes in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben, bis über ihren Status entschieden worden sei. Notwendig sei darüber hinaus eine vollständige Übernahme der Kosten für Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge durch Bund und Länder.

Zeitnahe Erstattung

Der Präsident des Deutschen Landkreistags, Landrat Reinhard Sager, betonte: „Es ist gut, dass der Bund die finanzielle Unterstützung der Länder in diesem Jahr verdoppelt und sich im kommenden Jahr strukturell und dauerhaft an den Kosten beteiligen will. Das erleichtert es den Ländern, ihren Verpflichtungen gegenüber den Landkreisen, Städten und Gemeinden nachzukommen.“ In diesem Zusammenhang bekräftigte

13. Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik:

Neue Partnerschaften im Visier

„Globale Nachhaltigkeitsziele lokal verankern“ lautete das Motto der zweitägigen Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik in Hannover. Etwa 250 Vertreter von Bund, Ländern, Kommunen und der Zivilgesellschaft erarbeiteten konkrete Vorschläge für eine zukunftsweisende kommunale Entwicklungspolitik. Veranstalter war einmal mehr die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW).

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller und Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil hoben bereits bei der Eröffnung die enorme Bedeutung der Kommunen für globale nachhaltige Entwicklung hervor. Während Weil auf die drängenden Herausforderungen Flucht und Klimaschutz einging, die ohne das Engagement der Kommunen weltweit langfristig nicht lösbar seien, erinnerte Müller die Kommunen an ihre „Nachfragemacht“ bei der Einforderung sozialer und ökologischer Standards. Rund 480 Milliarden Euro fließen jährlich in die öffentliche Beschaffung, etwa die Hälfte davon verantworten die Kommunen. Damit können sie durchaus faire und nachhaltige Wirtschaft voranbringen.

Viefältige Expertise

Auch würdigte Müller, dass die Kommunen ihre vielfältige Expertise im Austausch mit afrikanischen, lateinamerikanischen oder asiatischen Kommunen nutzen und diese Städtepartnerschaften mit ihren beispielhaften Projekten ein Motor für eine nachhaltige Entwicklungspolitik seien. Ob Abwassermanagement, Energieeffizienz oder Integration - die Kommunen seien „exzellente und starke Partner“ in der Entwicklungszusammenarbeit. Dieses kommunale Engagement soll zukünftig noch stärker unterstützt werden, beispielsweise durch spezifische Fonds und Beratungsangebote, die auch den Ausbau von Städtepartnerschaften fördern.

„Wir brauchen in der Entwicklungszusammenarbeit Engagement und Können der Kommunen in Deutschland“, erklärte Müller und ergänzte: „Ich möchte Sie unterstützen in der Bildung neuer kommunaler Partnerschaften: Aus 400 Partnerschaften wollen wir in zwei Jahren mindestens 1.000 machen.“

In sechs Themenforen diskutierten die Konferenzteilnehmer, wie Städte, Kreise und Gemeinden sich schon heute für die nachhaltigen Entwicklungsziele von morgen einsetzen können. Dabei ging

er die Forderung der Landkreise an die Länder, ihnen die vollständigen Kosten für die Unterbringung, Betreuung und gesundheitliche Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zeitnah zu erstatten.

Gemeinsames Ziel von Bund, Ländern und Kommunen müsse u. a. eine Abwicklung des gesamten Asylverfahrens innerhalb von drei Monaten sein: „Dadurch würden reine Wirtschaftsflüchtlinge gar nicht erst auf die Kommunen verteilt werden.“ Insbesondere Asylbewerber aus dem Westbalkan sollten in dieser Zeit in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder untergebracht werden. „Nach Abschluss der Verfahren muss dann für Personen ohne Aufenthaltsrecht eine rasche Rückführung erfolgen“, forderte Sager.

Für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive hingegen müssen laut Sager die Bemühungen für eine Integration, insbesondere im Bereich der Sprache und des Arbeitsmarktes verstärkt werden: „Wir brauchen in den Landkreisen dringend Kapazitäten, um uns um die Flüchtlinge aus den Krisenregionen der Welt zu kümmern, die auf unsere Unterstützung angewiesen sind. Daher ist es so immens wichtig, dass die

Sonderheft:

Kitas und Schulen in Holz

Wo Kita-Plätze fehlen, müssen neue gebaut werden. Auch viele Schulen müssen erweitert, um eine Ganztagsbetreuung gewährleisten zu können. Zudem sind viele der meist in den 1960er- und 1970er-Jahren errichteten Gebäude sanierungsbedürftig. Die Holzbauweise ist für diese Bauaufgaben hervorragend geeignet, denn Holz ist gesund und wirkt sich positiv auf die Psyche von Kindern und Lehrern aus. Zudem verkürzt ein hoher Vorfertigungsgrad die Bauzeit enorm, so dass sich die Baumaßnahmen in den Schulferien durchführen lassen und der Unterricht nicht gestört wird.

Das Holzbaumagazin „mikado“ veröffentlichte deshalb im Juni 2015 unter dem Titel „Holz macht Schule“ ein Sonderheft mit 13 aktuellen Bildungsbauten: Fünf Kindertagesstätten, sechs Schulen und zwei Schulsanierungen. Interessierte Gemeinden können bis zu 10 Exemplare beim Landesinnungsverband des Bayerischen Zimmererhandwerks kostenfrei bestellen: info@zimmerer-bayern.com

Asylverfahren zügig vorantreiben, um schnellstmögliche Klarheit zu schaffen.“

Zudem unterstrich der DLT-Präsident, dass auch dringend die Problematik der Verteilung der zahlreichen unbegleiteten Minderjährigen gelöst werden müsse. Hierfür biete der jetzt von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf gute Ansätze. **DK**

Die Vereinten Nationen (UN) haben für die Jahre 2005 bis 2014 die UN-Dekade „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ ausgerufen. Bianca Bilgram ist Leiterin des Sekretariats der UN-Dekade und stellte im Rahmen eines weiteren Forums die internationale Folgeagenda zur UN-Dekade, das Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung der UNESCO, kurz vor. Zudem berichtete sie über ihre Erfahrungen mit Städten, Landkreisen und Gemeinden, die als offizielle Kommune der UN-Dekade ausgezeichnet wurden.

Nachhaltige Entwicklung

In Hamburg startete der Senat der Stadt bereits 2005 die Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ (HLN), um einen eigenen Beitrag zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zu leisten. Für die Umsetzung und Koordination der BNE-Aktivitäten in der Hansestadt wurde eine behördenübergreifende Projektgruppe eingerichtet, in der alle Behörden vertreten sind, die Bildungsarbeit zur BNE leisten. Zum Abschluss der UN-Dekade 2014 hat die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt einen abschließenden Hamburger Aktionsplan (HHAP) erstellt, der alle Maßnahmen von 2005 bis 2014 umfasst. Einen Einblick in die vielseitigen Aktivitäten aus Hamburg gab hier der Leiter der Projektgruppe, Jürgen Forkel-Schubert. **DK**

Kleine Wege, starke Wirkung“ gab Thorsten Krüger, Bürgermeister der Stadt Geestland, einen Einblick in die Klimapartnerschaft mit dem Leribe District in Lesotho und dem kommunalen Engagement im Bereich Nachhaltigkeit in Geestland selbst. Das Besondere: Die Stadt Geestland existiert als selbständige Gemeinde erst seit Januar 2015. Sie ist aus der Fusion der Stadt Langen und der Samtgemeinde Bederkesa entstanden. Mit ihren 356 km² ist sie die zweitgrößte Flächenkommune des Bundeslandes Niedersachsen und hat rund 31.000 Einwohner, die auf 16 Ortschaften verteilt wohnen. Im Stadtgebiet treffen urbaner und ländlicher Raum zusammen.

Mitgliederversammlung des Landesverbands der Spediteure:

Verkehrsminister Herrmann fordert zukunftsfähige Infrastruktur

Güterverkehr möglichst auf Schiene und Wasser verlagern

Bis 2025 wird die Güterverkehrsleistung in Bayern um ca. 50 Prozent wachsen. Um die daraus resultierenden zusätzlichen Belastungen zu bewältigen, müsse der Güterverkehr so weit als möglich auf Schienen und Wasserstraßen verlegt werden. Dies erklärte Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann auf der Mitgliederversammlung des Landesverbandes der Bayerischen Spediteure in Bad Gögging.

Ein wichtiger Punkt zur Bewältigung des zu erwartenden Verkehrswachstums sei eine bessere Vernetzung der Güterverkehrsträger. Dazu gehöre auch der bedarfsgerechte Ausbau des Umschlaganlagenetzes für den kombinierten Verkehr, sagte der Minister. Bayern verfüge bereits über ein leistungsfähiges Netz an Umschlagbahnhöfen und Güterverkehrszentren. Für Planungen, Gutachten und ergänzende Investitionen stünden jährlich drei Millionen Euro zusätzlich zum Bundesprogramm bereit. Damit könne man für eine zukunftsfähige Infrastruktur und leiste einen wichtigen Beitrag zur Energiewende, betonte Herrmann.

Investitionen sinnvoll lenken

Für einen starken Wirtschaftsstandort seien leistungsfähige Verkehrswege unabdingbar. Auch im Interesse der Menschen müssten

die Verkehrsinvestitionen sinnvoll gelenkt werden, erklärte der Verkehrsminister weiter.

500 Projekte für Bundesverkehrswegeplan

Für den neuen Bundesverkehrswegeplan habe Bayern 500 Projekte angemeldet. Das Hauptaugenmerk liege hier auf der Entlastung der Bevölkerung durch Ortsumgehungen und Maßnahmen zur besseren Erschließung des ländlichen Raums. Daneben sei auch der Ausbau von Autobahnen als Rückgrat des Straßenverkehrs bedeutsam. Im Schienenverkehr will Herrmann die Kapazitäten für den Gütertransport erhöhen, z.B. durch eine Erweiterung der Strecke von München nach Tschelchingen. Derzeit würden die Vorschläge zum Bundesverkehrswegeplan noch bewertet; im Herbst soll dann ein erster Entwurf für das öffentliche Konsultationsverfahren vorliegen. Aus-

drücklich begrüßte der Minister die Neuausrichtung des Verkehrsplans, wonach Erhalt und Ersatz bestehender Verkehrswege Priorität gegenüber Neubaumaßnahmen hätten.

Desweiteren forderte Herrmann vom Bund mehr Planungssicherheit für den Schienenverkehr. Der Freistaat sei bis zu einem gewissen Grad bereit, Landesmittel über seine Zuständigkeiten hinaus zur Beschleunigung wichtiger Projekte einzusetzen. Demzufolge würden in den Ausbau der Verbindung München Zürich 55 Millionen Euro und in die Vorplanung der Strecke von Regensburg nach Tschelchingen sechs Millionen Euro investiert.

Logistikkompetenz

Der Landesverband der Bayerischen Spediteure ist Interessenvertreter von 403 Unternehmen des Speditions- und Logistikgewerbes. Bayernweit sind hier ca. 400.000 Menschen beschäftigt, die einen Jahresumsatz von mehr als 30 Milliarden Euro erwirtschaften. Laut Herrmann gehört Bayern zu den Ländern mit der größten Logistikkompetenz in Deutschland. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Richard Schneider
84339 Unterdietfurt
am 13.7.

Bürgermeister Konrad Rupprecht
90537 Feucht
am 14.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Horst Kratzer
92353 Postbauer-Heng
am 15.7.

Bürgermeister Ralf Reichwein
63911 Klingenberg
am 20.7.

Bürgermeister Klaus Miosga
91731 Langfurth
am 20.7.

Bürgermeister Hans Tischhöfer
95509 Marktstorchgast
am 20.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Matthias Schnetzer
83533 Edling
am 11.7.

Bürgermeister Robert Sturm
86833 Ettringen
am 22.7.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernd Obst
90556 Cadolzburg
am 14.7.

Bürgermeister Martin Lackner
84549 Engelsberg
am 22.7.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

BKPV-Geschäftsbericht 2014:

KWK-Anlagen und steuerlicher Querverbund

Aktuelle Fragen aus der Prüfungs- und Beratungstätigkeit bilden den Schwerpunkt des Geschäftsberichts 2014 des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands, München. Neben aktuellen Entwicklungen bei den Beiträgen und Benutzungsgebühren für kostenrechnende Einrichtungen sowie neuen Anforderungen an den steuerlichen Querverbund werden unter anderem Geschäftsprozesse und ihre Bedeutung bei Organisationsuntersuchungen, Kennzahlenvergleichen und Stellenbewertungen, vertragsrechtliche Reaktionsmöglichkeiten auf sittenwidrig überhöhte Einheitspreise beim Bauvertrag, Änderungen im Reverse-Charge-Verfahren und die umsatzsteuerrechtliche Behandlung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen eingehend erläutert.

In seinem Beitrag zum Geschäftsprozessmanagement weist Martin Götz darauf hin, dass dieses in der öffentlichen Verwaltung zunehmend an Bedeutung gewinnt. Es beschreibe den ganzheitlichen Ansatz zur systematischen und kontinuierlichen Gestaltung und Optimierung von Prozessen und damit einhergehend von Verwaltungsstrukturen. Die Prozesse sollen unter Berücksichtigung der fachlichen Grundlagen und der kundenorientierten Gestaltung auch zu einem wirtschaftlicheren Verwaltungshandeln führen.

Einheitliche Standards

Götz zufolge könnten Prozessbeschreibungen und -darstellungen im Rahmen der Organisationsarbeit für die Unterstützung der Organisationseinheiten für einheitliche fachliche Standards und Arbeitsweisen bei der Sachbearbeitung, zur Einarbeitung neuer Mitarbeiter, zur Optimierung von Verwaltungsstrukturen (Reduzierung von Schnittstellen), zur Feststellung der Schwachstellen bei der Nutzung der Arbeitsprogramme (Defizite bei den Nutzern oder Fehlen von Programmmodulen), zur Bildung von Kennzahlen für verwaltungsübergreifende Vergleiche sowie bei Themen wie der Stellenbemessung, -beschreibungen und -bewertungen eingesetzt werden. Weitere Einsatzmöglichkeiten seien denkbar.

„Das Geschäftsprozessmanagement ist daher ein wesentlicher Bestandteil der Organisationsarbeit“, stellt Götz fest. „Dieses Instrument werden wir deshalb künftig verstärkt in unsere Beratungstätigkeit einbinden.“ Die Stellenbemessung solle dabei – soweit aus fachlicher und wirtschaftlicher Sicht sinnvoll und gewünscht – geschäftsprozessbasiert durchgeführt werden. „Vorhandene Inhaltsbeschreibungen von Tätigkeiten oder Ablaufdarstellungen werden wir auf visualisierte Prozesse umstellen. Im Rahmen individueller Beratungen bei unseren Mitgliedern oder bei überörtlichen Prüfungen werden wir Prozesse aufnehmen und diese in Zusammenarbeit mit der Verwaltung jeweils auf Optimierungsmöglichkeiten hin untersuchen. Wir wollen damit für unsere Mitglieder überörtliche Vergleichsmöglichkeiten schaffen und diese Vergleiche auch bei den Prüfungen entsprechend anonymisiert einsetzen“, so Götz.

Bedburg-Hau-Entscheidung

Mit dem Thema „Steuerlicher Querverbund“ hatte sich der BKPV zuletzt im Geschäftsbericht 2008 beschäftigt. Der Gesetzgeber hatte nach der so genannten Bedburg-Hau-Entscheidung des Bundesfinanzhofs die bis dahin in den Körperschaftsteuerrichtlinien niedergeschriebenen Grundsätze zum steuerlichen Querverbund in Form von § 4 Abs. 6 in das Körperschaftsteuergesetz (KStG) aufgenommen. Doch wer glaubte, dass damit „alles beim Alten“ bliebe, musste sich in der Praxis häufig

eines Besseren belehren lassen. Seit der Festschreibung des steuerlichen Querverbundes im Körperschaftsteuergesetz im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2009 sind nun über sechs Jahre vergangen. Dieser Zeitraum, so Himmelstoß, sei im Bereich des steuerlichen Querverbundes geprägt gewesen durch ständige Unsicherheit bzw. eine ablehnende Haltung der Finanzverwaltung zu Anträgen auf verbindliche Auskunft. Daher sei es nicht nur an der Zeit gewesen, eine (bundeseinheitliche) Regelung zu erlassen, sondern vor allem eine praxistaugliche Lösung zu suchen. „Diese Forderungen erfüllt der vorgelegte Entwurf des BMF aus unserer Sicht – zumindest für diejenigen Querverbünde, die mittels BHKW hergestellt werden.“

Neuregelung

Da sich seit der Neuregelung für Photovoltaikanlagen Unterschiede zu den so genannten Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK-Anlagen) ergeben, stellt der BKPV in seinem aktuellen Geschäftsbericht die umsatzsteuerlichen Regelungen für diese KWK-Anlagen dar.

Wie Martin Entfellner darlegt, kann der durch die KWK-Anlage erzeugte Strom entweder in das öffentliche Stromnetz eingespeist oder für eigene Zwecke verwendet werden (sog. Direktverbrauch). Die Einspeisung von Strom in das öffentliche Stromnetz erfolgt umsatzsteuerrechtlich im Rahmen einer Lieferung des Anlagenbetreibers an den Netzbetreiber.

Wird die durch die KWK-Anlage erzeugte Wärme für Zwecke eines Betriebs gewerblicher Art (z. B. Nahwärmeversorgung) genutzt, ergeben sich keine umsatzsteuerlichen Besonderheiten. Der Betrieb der KWK-Anlage erfolgt im Rahmen der wirtschaftlichen Tätigkeit des Anlagenbetreibers. Falls die Körperschaft des öffentlichen Rechts für den Betrieb gewerblicher Art zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, kann auch für die KWK-Anlage ein Vorsteuerabzug vorgenommen werden.

Verwendet der KWK-Anlagenbetreiber selbst erzeugte Wärme für nichtunternehmerische (hoheitliche) Zwecke, ist der Betreiber grundsätzlich nur im Umfang der (beabsichtigten) unternehmerischen Verwendung der KWK-Anlage zum Vorsteuerabzug berechtigt, sofern die 10 %-Grenze erreicht wird.

Soweit die nichtunternehmerische Verwendung der KWK-Anlage eine nichtwirtschaftliche Tätigkeit im engeren Sinne betrifft, ist eine Zuordnung der Anlage zum Unternehmen nicht möglich. Der Vorsteuerabzug aus der Anschaffung der KWK-Anlage ist insoweit ausgeschlossen. Die erforderliche Vorsteueraufteilung ist nach dem Verhältnis der betreffenden Strom- und Wärmemengen vorzunehmen. Soweit mit einer KWK-Anlage erzeugte Strom dezentral für nichtwirtschaftliche Tätigkeiten im engeren Sinne des Anlagenbetreibers verbraucht wird, tritt grundsätzlich keine Wertabgabenbesteuerung ein, da die

KWK-Anlage insoweit nicht dem Unternehmen zugeordnet werden kann und nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt.

Vorsteuerabzug

Zur Erläuterung der Sachlage dient folgendes Beispiel: Die Gemeinde A lässt sich in das Rathaus ein BHKW einbauen. Die Anlage produziert jährlich 35.000 kWh Wärme (70 %) und 15.000 kWh Strom (30 %). Von dem erzeugten Strom nutzt die Gemeinde 5.000 kWh (33,33 %) selbst, die restlichen 10.000 kWh werden in das allgemeine Stromnetz eingespeist. Die Lieferung und Rücklieferung erfolgt zu den oben genannten Vergütungssätzen. Die Wärme wird in vollem Umfang zum Beheizen des Rathauses benötigt.

Da das BHKW zu 70 % für hoheitliche Zwecke (Beheizung des Rathauses) und zu 30 % für unternehmerische Zwecke genutzt wird, kann die Gemeinde 30 % der Vorsteuerbeträge auf die Anschaffungskosten des BHKW beim Finanzamt geltend machen. Der erzeugte Strom gilt in vollem Umfang als an den Netzbetreiber geliefert; die Rücklieferung in den Hoheitsbereich der Gemeinde spielt bei der Beurteilung des Vorsteuerabzugs keine Rolle und kann außer Betracht bleiben.

Anschaffungskosten

Bezüglich der Stromlieferung der Gemeinde A an den Netzbetreiber wird der Gemeinde A eine Vergütung in Höhe von (15.000 kWh / 9,682 ct/kWh) 1.452,30 Euro (zzgl. 19 % USt) gutgeschrieben. Für die (fiktive) Rücklieferung des Netzbetreibers an die Gemeinde A muss sie (5.000 kWh / 4,272 ct/kWh) 213,60 Euro (zzgl. 19 % USt) an den Netzbetreiber

Studie der Bertelsmann-Stiftung:

Kommunale Sozialausgaben

Die immer weiter steigenden Sozialausgaben sind laut einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung zur kommunalen Entlastung Ursache für die Finanzprobleme der Städte, Gemeinden und Landkreise. Zwar stellt der Koalitionsvertrag den Kommunen eine Entlastung in Höhe von jährlich 5 Milliarden Euro ab 2018 durch den Bund in Aussicht; wie diese Zusage umgesetzt werden soll, ist jedoch nach wie vor unklar. Die Untersuchung zeigt einen Weg auf, wie die Bundesmittel die besonders betroffenen Kommunen entlasten können.

In den vergangenen zehn Jahren sind trotz guter Konjunktur die Sozialausgaben der Kommunen um mehr als 50 Prozent gestiegen. Im Jahr 2014 summierten sie sich bundesweit auf rund 78 Milliarden Euro, berechnet die Studie. 2004 hatten sie noch bei 51 Milliarden Euro gelegen. Vielen Kommunen bleibt dadurch kaum noch Handlungsspielraum.

Eklatante Unterschiede

Bundesweit unterschiedlich ist die Belastung der Kommunalhaushalte durch Sozialleistungen. Am geringsten ist sie in Baden-Württemberg mit durchschnittlich 31 Prozent, am höchsten in Nordrhein-Westfalen mit 43 Prozent. Zwischen den einzelnen Kommunen sind die Unterschiede teilweise eklatant: Während die Stadt Wolfsburg (17 Prozent) und der bayerische Kreis Haßberge (18 Prozent) nur einen kleinen Teil ihres Etats für Sozialleistungen aufwenden, machen die Sozialkosten in Duisburg, Wiesbaden, Eisenach und Flensburg mehr

GZ

Kolumne
Josef Mederer

Liebe Leserinnen und Leser,

Walter M. setzt seit Wochen keinen Fuß vor die Tür, irgendwann liegt er nur noch im Bett, er isst nicht, trinkt nicht und äußert Suizidgedanken. Seine Ehefrau setzt einen Notruf ab. Dass mit dem Notarzt auch die Polizei mit Blaulicht anrückt, damit rechnet das Paar nicht. Der Patient weigert sich, freiwillig in eine psychiatrische Klinik zu gehen. Da ordnet die Polizei die Zwangseinweisung an.

Bei dem geschilderten Fall handelt es sich nicht um die Ausnahme, sondern die Regel, wenn ein Patient selbst- oder fremdgefährdend ist. Das Notarztsystem für körperliche Erkrank-



Dieses Angebot ist deutschlandweit einmalig. Selbstverständlich ist der Aufbau nur stufenweise möglich – allein schon aus finanziellen Gründen. Ab 2016 kosten uns Leitstelle und Krisenteams rund 4,5 Millionen Euro pro Jahr. Wenn alle Landkreise flächendeckend versorgt sind – das ist 2019 der Fall – rechnen wir mit rund 7,3 Millionen pro Jahr.

Ein gewaltiger Brocken. Doch die wohnortnahe Hilfe in allen Landkreisen ist wirklich jeden Cent wert; das steht außer Frage. Deshalb bedauere ich es sehr, dass wir das Angebot alleine schultern müssen. Wir haben wirklich alles versucht, die Krankenkassen als Partner mit ins Boot zu holen. Leider haben wir auf Granit gebissen. Die Kassen finanzieren bereits das Notfallsystem für körperliche Erkrankungen und sie halten dieses auch für psychisch Kranke für ausreichend. Unsere Erfahrungen aus dem Krisendienst München beweisen aber genau das Gegenteil: Menschen in seelischen Notlagen brauchen eine spezialisierte Hilfestruktur, wenn man den berüht-berühmten Drehtüreffekt der Psychiatrie durchbrechen will.

Hier ist die bestmögliche Wohnortnahe der Hilfeangebote der zentrale Punkt. Die Münchner Stadtspitze hat dieses Argument bei der Einführung des Münchner Krisendienstes so überzeugt, dass sie sich seit langem mit einem jährlichen Zuschuss von bis zu 4.000 Euro pro Planstelle an den Sachkosten beteiligt.

Ein solches Modell schwebt mir auch für die oberbayerischen Landkreise und kreisfreien Städte vor. Ein Zuschuss unserer Umlagezahler ist für mich nicht nur finanziell motiviert. Er ist auch von hohem symbolischem Wert für die Akzeptanz dieses Hilfeangebotes für Menschen in seelischer Not. Und außerdem möchten wir in naher Zukunft den Seelen-Notruf auch für Kinder und Jugendliche in psychischen Krisen öffnen. Das geht aber nur in Partnerschaft mit den Landkreisen – den Trägern der Jugendhilfe.

Ihr Josef Mederer
Bezirkstagspräsident

Notfallärzte auch für psychisch Kranke

kungen ist einfach nicht für akute psychiatrische Krisenfälle gerüstet. Patienten in seelischen Notlagen kann es passieren, dass ein Allgemeinarzt ohne psychiatrische Fachkenntnisse vor der Tür steht, wenn sie oder ihre Angehörigen den ärztlichen Bereitschaftsdienst alarmiert haben.

Das halte ich für ein Unding für Patient und Arzt gleichermaßen. In München gibt es seit 2007 mit dem von uns finanzierten Krisendienst Psychiatrie eine hervorragende Alternative zum Notarztsystem. Unser Sozialausschuss im Bezirkstag hat deshalb vor kurzem beschlossen, den psychiatrischen Krisendienst auf ganz Oberbayern auszuweiten. Die Seelen-Notärzte sind künftig zwischen 9 und 24 Uhr über eine zentrale Rufnummer erreichbar – an sieben Tagen die Woche, für alle Bürgerinnen und Bürger Oberbayerns, schnell und wohnortnah. Wie beim Krisendienst in München werden wir die Einsatzkräfte in den Landkreisen an Sozialpsychiatrische Dienste andocken.

entrichten. Per Saldo wird der Gemeinde A ein Betrag von 1.238,70 Euro gutgeschrieben.

Die Gemeinde kann sowohl aus den Anschaffungskosten des BHKW als auch aus den laufenden Kosten Vorsteuer in Höhe

der unternehmerischen Nutzung (= 30 %) beim Finanzamt geltend machen. Dient die produzierte Wärme einem umsatzsteuerpflichtigen Betrieb gewerblicher Art, erhöht sich der Vorsteuerabzug entsprechend. **DK**

ne Kostenübernahme bei den Kosten der Unterkunft würde aber nur die Haushalte der Kreise und kreisfreien Städte erreichen. Ob dann Kreisumlagen gesenkt würden, bliebe ungewiss.“

Kostenübernahme

Daher ist nach Landsbergs Worten „eine Kostenübernahme des Bundes bei den kommunalen Sozialkosten zwar ein diskussionswürdiger Ansatzpunkt. Zugleich muss jedoch auch und in einem größeren Umfang die gemeindliche Steuerkraft gestärkt werden, zum Beispiel über höhere kommunale Einkommen- oder Umsatzsteueranteile oder eine Absenkung der Gewerbesteuerumlage zu Gunsten der Gemeinden. Dies würde zu einer Stärkung der Kommunen insgesamt führen. Auch die kreisfreien Städte würden in ihrer Steuerkraft gestärkt. Eine gestärkte gemeindliche Steuerkraft kommt zudem im Rahmen des Systems der Kreisumlageberechnung regelmäßig auch den Kreishaushalten zu Gute.“ **DK**

Fast 50.000 Menschen auf laufende Hilfe angewiesen

Zum Jahresende 2014 waren in Bayern insgesamt 49.509 Menschen auf Leistungen im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen. Das entspricht nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik einem Plus von knapp einem halben Prozent gegenüber dem Vorjahr (49.273 Empfänger). Es waren nahezu gleichviele Männer wie Frauen hilfebedürftig. Die Mehrzahl der Hilfeempfänger lebte in einer Einrichtung wie einem Wohn- oder Pflegeheim.

Leistungen nach dem dritten Kapitel des zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) sollen den Grundbedarf vor allem an Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Heizung decken. Ende 2014 erhielten in Bayern nach Angaben des Landesamts für Statistik insgesamt 49.509 Personen entsprechende Hilfen. Verglichen mit 49.273 Empfängern Ende 2013 entspricht dies einer Zunahme von knapp einem halben Prozent. Dabei waren 25.678 Männer (entspricht 52 Prozent der Hilfeempfänger) und 23.831 Frauen (48 Prozent) am 31. Dezember 2014 in Bayern auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen. Die Mehrzahl (76 Prozent) der Leistungsempfänger (37.779) lebte in einer Einrichtung wie einem Wohn- oder Pflegeheim. Außerhalb von Einrichtungen waren 11.730 Personen auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen. □

Bildung ist kommunale Gemeinschaftsaufgabe

Der Thementag „Kommunales Bildungsmanagement“ informierte über Modelle moderner Verwaltungsstrukturen

Augsburg - Landkreise und kreisfreie Städte in Bayern wurden jüngst darüber informiert, wie sie ihre Bildungslandschaften vor Ort verbessern können. Die Sicherung von Fachkräften, ein chancengerechter Zugang zu Bildungsangeboten für alle Bürgerinnen und Bürger oder auch die bedarfsorientierte Planung von Betreuungsangeboten für Kinder – das sind nur wenige der zahlreichen Herausforderungen, vor denen Landkreise und Städte im Bildungsbereich heute stehen. Nur mit gemeinsamen Anstrengungen lassen sich diese bewältigen. Auf dem Thementag „Kommunales Bildungsmanagement“ erklärten und diskutierten daher Experten, unter welchen Bedingungen lokale Bildungsakteure optimal zusammenarbeiten können und welche erprobten Modelle es dafür andernorts bereits gibt.

In drei Werkstattgesprächen konnten sich die rund 80 teilnehmenden Vertreterinnen und Vertreter bayerischer Kommunen über erste Schritte zum Aufbau eines Bildungsmanagements informieren und die Vorteile von datenbasierten Entscheidungsprozessen (Bildungsmonitoring) sowie Wege zur Festigung von Kooperationsstrukturen in Verwaltung und Zivilgesellschaft kennenlernen. Zahlreiche Exper-

ten aus Wissenschaft und Praxis standen dafür bereit und beantworteten die Fragen der kommunalen Gäste.

Abstimmung mit allen Bildungsakteuren

„Bildungsmanagement hilft Kommunen, ihre Bildungslandschaft in Abstimmung mit allen Bildungsakteuren effizient zu gestalten, verlässliche Planungs-

grundlagen im Bildungsbereich zu schaffen und die Bildungsangebote für Bürgerinnen und Bürger transparenter zu machen. Auf dem Weg dorthin gilt es, zum Beispiel die ämterübergreifende Zusammenarbeit zu verbessern und sich an bildungsbezogenen Daten zu orientieren statt am eigenen Bauchgefühl“, so fasst Tobias Schmidt, Leiter des Münchner Regionalbüros der Transferagentur, die Diskussionen auf Veranstaltung zusammen.

Bundesweite Initiative

Organisiert wurde der Thementag von der Transferagentur Bayern. Sie ist Teil einer bundesweiten Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und hat das Ziel, Kommunen beim Auf- und Ausbau ihres Bildungsmanagements vor Ort praxisnah zu unterstützen.

Kinder und Jugendliche in Bayern im Jahr 2014:

Mehr als 15.000 Gefährdungseinschätzungen

In mehr als einem Drittel der Fälle wurde eine Kindeswohlgefährdung festgestellt

Die Bayerischen Jugendämter meldeten im Jahr 2014 insgesamt 15.122 Gefährdungseinschätzungen, das heißt Fälle, in denen geprüft wurde, ob das Wohl von Kindern bzw. Jugendlichen in Gefahr war. Nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik lag in 2.619 Fällen eine akute und in 3.007 eine latente Kindeswohlgefährdung vor. Bei 5.156 Gefährdungseinschätzungen wurde keine Kindeswohlgefährdung festgestellt, jedoch Hilfebedarf und in 4.340 Fällen wurde weder eine Kindeswohlgefährdung noch weitere Hilfebedarf ermittelt.

Grundlage der Statistik zur Kindeswohlgefährdung ist das Bundeskinderschutzgesetz, welches zum 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist. Kindeswohlgefährdung liegt dann vor, wenn das körperliche, geistige und seelische Wohl eines Kindes durch das Tun oder Unterlassen der Eltern oder Dritter gravierende Beeinträchtigungen erleidet, die dauerhafte oder zeitweilige Schädigungen in der Entwicklung des Kindes zur Folge haben bzw. haben können.

Eine Gefährdungseinschätzung

nach § 8a Absatz 1 SGB VIII ist vom Jugendamt immer dann abzugeben, wenn dem Jugendamt wichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen bekannt werden, es sich daraufhin einen unmittelbaren Eindruck von dem Minderjährigen und seiner persönlichen Umgebung verschafft hat (z.B. durch Hausbesuche oder Einbestellung der Eltern ins Jugendamt) und das Gefährdungspotential anschließend im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte eingeschätzt wurde.

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, wurden in Bayern im Jahr 2014 insgesamt 15.122 Fälle (-5 Prozent gegenüber 2013) von Kindeswohlgefährdung gemeldet. Betroffen waren 7.683 Jungen und 7.439 Mädchen.

2.619 Gefährdungseinschätzungen (-11 Prozent) ergaben eine akute, 3.007 (-16 Prozent) eine latente Kindeswohlgefährdung. In beiden Fällen, waren die Anzeichen für eine Vernachlässigung und die Anzeichen einer psychischen Misshandlung die beiden häufigsten Gründe einer Kindeswohlgefährdung.

Darüber hinaus wurde bei 5.156 (+6 Prozent) Gefährdungseinschätzungen keine Kindeswohlgefährdung festgestellt, aber Hilfebedarf zum Beispiel im Rahmen einer Hilfe für die Kinder und Jugendhilfe wie Erziehungsberatung oder eine Schutzmaßnahme. □

Konfliktlösung im...

(Fortsetzung von Seite 1)

Zur staatlichen Förderung führte Eisenreich aus, dass die Höhe des Budgets je gebildeter Gruppe (Mindestzahl 14/Förderschule 8 Schüler) von der Schulart (Grund- oder Förderschule) und der Jahrgangsstufe abhängt. Diese liege zwischen 23.700 und 32.100 Euro vom Freistaat Bayern. Der Schulaufwandsträger übernehme 5.500 Euro.

Verfahren optimieren

Stichwort Asylpolitik: Staatsminister Huber berichtete, dass in Bayern täglich die stattliche Zahl von 800 neuen Flüchtlingen ankommt, weshalb vermehrt darauf geachtet werden müsse, wer einen Schutzanspruch hat und wer nicht. Auch solle ein Verfahren angewandt werden, um Menschen ohne Schutzanspruch möglichst schnell zurückzuführen. Zudem sollten die Verfahren dahingehend optimiert werden, dass bei offensichtlich Schutzbedürftigen keine unnötigen Mehrfachprüfungen durchgeführt werden. Wiederrum muss ein Nicht-Schutzbedürftiger nicht alle Prüfungsebenen durchlaufen, wenn er augenscheinlich nahezu keine Schutzbedürftigkeit besitzt.

Ein immenses Problem sei auch die Unterbringung der Flüchtlinge, so der Minister. Die benötigten Kapazitäten auf dem bayerischen Immobilienmarkt seien de facto nicht vorhanden. Der für die Unterbringung der Asylbewerber benötigte Wohnraum entspreche jährlich dem einer bayerischen Kleinstadt. Deshalb werde zurzeit stark auf preisgünstigen Sozialwohnungsbau gesetzt, um einer potenziellen Konkurrenzsituation zwischen Asylbewerbern und Niedrigverdienern aus dem Weg zu gehen.

Gemeindeschlüssel

Im Doppelhaushalt 2015/2016 rechnet Huber mit 3 Milliarden Euro für die Asylpolitik. Derzeit wird bereits darüber diskutiert, ob bezüglich der Verteilung sogar ein Gemeindeschlüssel eingeführt werden soll. Huber wies allerdings auf die aktuelle Rechtslage hin, nach der die Städte und Gemeinden keine staatlichen Behörden wie die Landratsämter sind.

Demnach hätten die Bürgermeister derzeit – anders als die Landräte – nicht die rechtliche Möglichkeit, Einweisungen in Wohnungen oder andere Unterkünfte vorzunehmen. Deshalb seien sie selbst

beim Fehlen geeigneter Unterkünfte gehindert, die zugewiesenen Flüchtlinge notfalls gegen den Willen von Eigentümern einzuquartieren. Gegebenenfalls seien dazu Rechtsänderungen notwendig. Wenn der Zuzug von Asylbewerbern anhalte und die Situation es erfordere, sei die Bayerische Staatsregierung auch bereit, über solche Schritte zu diskutieren.

Derzeit leben in Bayern 7.000 bis 8.000 minderjährige Flüchtlinge. Der Freistaat fordert vom Bund die Nachschlüsselung bezüglich einer deutschlandweiten Verteilung. Auch müsse stärker zwischen traumatisierten Jugendlichen und nicht-traumatisierten Jugendlichen unterschieden werden, betonte Huber. Allerdings seien auch die Standards zu senken. Eine Unterbringung der Jugendlichen in Doppelzimmern mit jeweils einem persönlichen Psychologen sei nicht realisierbar.

Hauptziele der Staatsregierung sind Huber zufolge die höhere Kostenbeteiligung vom Bund und die Verfahrensbeschleunigung bei Aufnahme oder Ablehnung. Der Minister bot an, ihm Probleme per Mail mitzuteilen. Die Staatsregierung sei sehr an entsprechenden Schilderungen vor Ort interessiert. **DK**

Die Transferagentur Bayern für Kommunales Bildungsmanagement ist Teil der bundesweiten Transferinitiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und eine von derzeit neun Transferagenturen in Deutschland. Sie hat die Aufgabe, die Erfahrungen aus dem BMBF-Programm „Lernen vor Ort“ auf die kommunale Ebene zu transportieren und Landkreise und kreisfreie Städte in Bayern bei der (Weiter-)Entwicklung eines kom-

munalen Bildungsmanagements zu unterstützen und zu begleiten. Die Transferagentur Bayern ist ein Verbund aus dem Deutschen Jugendinstitut e. V. in München und der Europäischen Metropolregion Nürnberg. Sie wird aus Mitteln des BMBF gefördert und vom Freistaat Bayern, den kommunalen Spitzenverbänden (Bayerischer Städtetag, Bayerischer Landkreistag und Bayerischer Gemeindetag) und Stiftungen unterstützt. □

Tragfähiger...

(Fortsetzung von Seite 1)

gleich 2016 erzielt werden. Ein Aufwuchs des Steuerverbandanteils um 112 Millionen Euro und 18 Millionen Euro zusätzliche Haushaltsmittel des Freistaats führen zu einem tragbaren Ergebnis. Für den hohen Investitionsbedarf der Kommunen wären noch mehr Mittel erforderlich, für den Kompromiss sind aber alle Seiten aufeinander zugegangen. Angesichts der anstehenden Aufgaben, insbesondere im Asylbereich, begrüßen wir, dass der Freistaat bereit ist, ab 1.1.2016 die Kosten für die unbegleiteten jugendlichen und heranwachsenden Flüchtlinge zu übernehmen.“

Kompromiss gefunden

Positiv bewertete Gemeindegatspräsident Dr. Uwe Brandl die Ergebnisse der Verhandlungen: „Wir haben bei der Fortentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs einen Kompromiss gefunden. Gefragt war Solidarität der kommunalen Spitzenverbände bei der Reform des kommunalen Finanzausgleichs. So ist es gelungen, eine zeitgemäße Fortentwicklung der Gemeindeschlüsselzuweisungen zu vereinbaren, die eine Balance zwischen kreisfreien Städten, großen und mittleren Städten,

aber auch der kleineren Gemeinden herstellt. Die Erhöhung der Schlüsselmasse und der Investitionspauschale puffert eventuelle Schmerzen, die sich aus der Weiterentwicklung ergeben, ab, stärkt aber andererseits kommunale Handlungsfähigkeit und über Investitionen auch die bayerische Wirtschaft. Dank des Finanzausgleichs wurden die für die kreisangehörigen Gemeinden, Märkte und Städte so wichtigen Schlüsselzuweisungen um 63 Millionen Euro auf nunmehr 3,2 Milliarden Euro gesteigert. Dies stärkt die Verwaltungshaushalte der Gemeinden.“

Brandl zufolge ist es insgesamt gelungen, das Ergebnis des Jahres 2014 zu übertreffen: „Der Gesamtzuwachs der Finanzausgleichsmittel liegt bei 160,7 Millionen Euro. Das Gesamtvolumen beträgt 8,4 Milliarden Euro. Die reinen Landesleistungen betragen 7,96 Milliarden Euro.“

Wie der Präsident des Bayerischen Landkreistags Landrat Christian Bernreiter, Deggendorf, feststellte, ermöglichten es die zusätzlichen Mittel, leitenden Kommunen durch ein Mehr an Schlüsselzuweisungen und verbesserte Stabilisierungshilfen stärker zu helfen. Gleichzeitig setze die Anhebung der allgemeinen Investitionspauschale Anrei-

ze, in die kommunale Infrastruktur zu investieren.

Besonders hervorzuheben ist nach Bernreiter Worten die politische Zusage, dass die Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge vom Freistaat Bayern vollständig übernommen werden, auch wenn sie nach Vollendung des 18. Lebensjahres noch Bedarf an Jugendhilfeleistungen haben. Bernreiter: „Das ist neben den schon heute großen Leistungen des Freistaats Bayern für Asylsuchende eine weitere wichtige Perspektive für die Träger der Jugendhilfe, besonders in den extrem belasteten Kommunen an den Hauptfluchtrouten. Gerade sie brauchen allerdings weitere Unterstützung durch rasche Verteilung der unbegleiteten Minderjährigen in Bayern und im ganzen Bundesgebiet, schon vor Inkrafttreten eines entsprechenden Bundesgesetzes.“

Zusage

Der Präsident des Bayerischen Bezirktags, Josef Mederer, begrüßte ausdrücklich, dass Finanzminister Söder die Zusage von Ministerpräsident Horst Seehofer bestätigt hat, wonach der Freistaat Bayern ab dem 1. Januar 2016 die Kosten für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UMF) vollständig übernehmen wird. „Das ist ein starkes und wichtiges Signal zur finanziellen Entlastung der Bezirke“, stellte der Präsident heraus.

Mit Bedauern nahm der Bayerische Bezirkstag hingegen zur Kenntnis, dass die Zuweisungen an die Bezirke nach Artikel 15 FAG, die sich nunmehr seit bereits drei Jahren bei rund 650 Millionen Euro bewegen, nicht erhöht werden. „Da haben wir uns mehr versprochen angesichts der vor allem im Sozialbereich weiterhin dramatisch steigenden Ausgaben“, erklärte Mederer. **DK**

Erwartungen an ein...

(Fortsetzung von Seite 1)

ist nach Mederers Überzeugung „weder mit dem Recht der freien Wahl der Wohnform, wie dies die UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen vorsieht, noch mit dem Benachteiligungsverbot wegen Behinderung aus Artikel 3, Absatz 3, Satz 2 Grundgesetz vereinbar und stellt eine Diskriminierung dieses Personenkreises dar.“

Der Präsident bezeichnete es als nicht hinnehmbar, dass Menschen mit Behinderungen, die als Versicherte genauso Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung leisten wie Menschen ohne Behinderung, nur aufgrund des Umstandes, dass sie aufgrund ihrer Behinderung in einer Einrichtung leben, leistungsmäßig erheblich schlechter gestellt seien.

Schulen und Hochschulen müssten Menschen mit Behinderung einen Besuch ohne Inanspruchnahme von Eingliederungshilfe ermöglichen. Die für Bildung jeweils zuständigen Stellen hätten auf der Grundlage entsprechender Regelungen in den Schul- und Hochschulgesetzen der Länder die volle Verantwortung und die Kosten für inklusive Bildung zu übernehmen.

Neuer Bedürftigkeitsbegriff

Zudem ist der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff laut Mederer baldmöglichst im Rahmen des Pflegeversicherungsgesetzes II im Pflegeversicherungsrecht und im Sozialhilferecht einzuführen, damit insbesondere Menschen mit demenziellen Erkrankungen angemessene Leistungen der Pflegeversicherung erhalten können.

„Last but not least“ fordern die bayerischen Bezirke eine Beteiligung des Bundes an den Kosten der Eingliederungshilfe zu einem

Drittel. Die Verteilung der zugesagten Entlastung durch den Bund in Höhe von 5 Milliarden Euro jährlich müsse aufgrund der steigenden Ausgaben dynamisiert werden und die Verteilung habe entsprechend der Belastung durch die Kosten der Eingliederungshilfe zu erfolgen. Sicherzustellen sei außerdem, dass die Entlastung bei den Trägern der Eingliederungshilfe ankommt.

Herausforderung Schulbegleitung

Mit Blick auf das aktuelle Thema der schulischen Inklusion ging der Präsident auch auf die Herausforderung der Schulbegleitung ein. Das mehrfach vortragene Angebot des Bayerischen Bezirktags, die Schulbegleitung inhaltlich und gegebenenfalls auch finanziell gemeinsam neu zu regeln, sei vom Bayerischen Kultusministerium bislang nicht im Sinne der dritten kommunalen Ebene aufgegriffen worden, erläuterte Mederer. Besonders problematisch seien die zahlreichen Schulbegleiter sowohl in Regelschulen (über 1.000) als auch in Förderschulen (über 2.000).

Darüber hinaus bereite den Bezirken die Wahlfreiheit zwischen Regel- und Förderschulen Sorge. Diese machten nur Sinn, wenn die Förderschulen ebenso attraktive Angebote vorlegen können wie die Regelschulen. Mederer nannte die Personalausstattung der Förderschulen „desolat“, weshalb er erneut nachdrückliche Verbesserungen bei der Ausstattung dieser Schulen forderte.

Der neue Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration, Johannes Hinterberger, MdL, sicherte den Bezirken in seinem Festvortrag die Un-

terstützung der Bayerischen Staatsregierung bei der Reform der Eingliederungshilfe zu. Es sei keine Frage, dass es ein Bundesteilhabegesetz geben müsse, in dem sich der Bund an den Kosten entscheidend mitbeteilige.

Stellvertretend verwies der Staatssekretär auf zwei Bereiche, die durch ein Bundesteilhabegesetz in Angriff genommen werden müssten: Zum einen gelte es, das Wohnen für diese Menschen zu verbessern. Kleinteilige Wohnformen könnten den individuellen Ansprüchen eher gerecht werden als große Einrichtungen. Zum anderen sei es wichtig, Menschen mit Behinderungen noch besser als bisher am ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

Wie Prälat Bernhard Piendl, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Bayern, deutlich machte, verhinderten starre Angebote oftmals ein selbstbestimmtes Leben der Betroffenen. Inklusion, die sich in einem Bundesteilhabegesetz widerspiegeln müsse, verlange aber zu Recht, dass der Mensch in seinen Bedürfnissen ernst genommen und anerkannt werde. Dazu zählten auch Angebote in der schulischen Weiterbildung, im pflegerischen Bereich sowie im Bildungssystem generell.

Irmgard Badura, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, unterstrich, dass ein Bundesteilhabegesetz sich vor allem im Alltag der Betroffenen bewähren müsse. Teilhabe sei für sie weit mehr als nur ein theoretischer Begriff. Teilhabe bedeute vollständig inkludiert zu sein in alles, was das berufliche wie private Leben ausmache. Der Weg zu einer wirklichen Reform der Eingliederungshilfe sei möglicherweise noch mühsam, in jedem Falle aber lohnend. **DK**

Internationaler Genossenschaftstag am 4. Juli:

Bayern braucht Bürgerenergie

Der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) weist anlässlich des Internationalen Genossenschaftstags am 4. Juli auf die Bedeutung von Genossenschaften für die Energie- und Wärmeversorgung in Bayern hin. „Die bayerischen Energiegenossenschaften mit ihren 31.000 Mitgliedern sind der Motor einer von Bürgern getragenen und dezentralen Energiewende im Freistaat“, betont GVB-Vorstand Alexander Büchel. „Nur mit diesem breiten gesellschaftlichen Engagement kann der Umbau unserer Energieversorgung gelingen.“

Die Zahl der Energiegenossenschaften ist in den vergangenen zehn Jahren deutlich gewachsen. Allein in Bayern entstanden zwischen 2008 und 2014 mehr als 200 der heute rund 260 bayerischen Energiegenossenschaften, die vom GVB unterstützt und begleitet werden. Sie sind in der Energieerzeugung mit Photovoltaikanlagen ebenso aktiv wie in der Energieverteilung, der Nahwärmeversorgung in Ortschaften oder in der Beratung für mehr Energieeffizienz. Vergangenes Jahr erzielten die bayerischen Energiegenossenschaften einen Umsatz von 454 Millionen Euro.

Politische Sensibilisierung

Im Sinne politischer Sensibilisierung hilfreich sind deshalb die jüngsten Äußerungen von Papst Franziskus, der sich vor wenigen Tagen positiv zu den Potenzialen von Energiegenossenschaften geäußert hat. „An einigen Orten werden Kooperationsmöglichkeiten für die Nutzung erneuerbarer Energien entwickelt, welche die lokale Selbstversorgung einschließlich des Verkaufs der überschüssigen Produktion ermöglichen“, so das Oberhaupt der katholischen Kirche in seiner Enzyklika „Laudato si“. Dieses Beispiel zeigt laut Pontifex: „Während die existierende Weltordnung sich als unfähig erweist, Verantwortungen zu übernehmen, kann die örtliche Instanz einen Unterschied machen.“

erbarer Energien entwickelt, welche die lokale Selbstversorgung einschließlich des Verkaufs der überschüssigen Produktion ermöglichen“, so das Oberhaupt der katholischen Kirche in seiner Enzyklika „Laudato si“. Dieses Beispiel zeigt laut Pontifex: „Während die existierende Weltordnung sich als unfähig erweist, Verantwortungen zu übernehmen, kann die örtliche Instanz einen Unterschied machen.“

Dezentrale Strukturen ausbauen

Um die in den vergangenen Jahren aufgebauten dezentralen Strukturen erfolgreich fortzuführen und auszubauen, ist nach Ansicht des GVB weitere Unterstützung durch die Politik erforderlich.

„Wir brauchen mehr Planungssicherheit sowie verlässliche Rahmenbedingungen, unter denen auch kleine Akteure weiterhin am Markt bestehen können“, machte Büchel deutlich. □

Götzl und GVB beenden Zusammenarbeit

Der Präsident und Vorstandsvorsitzende des Genossenschaftsverbands Bayern e.V. (GVB), Prof. Dr. h.c. Stephan Götzl, und der Verbandsrat des Genossenschaftsverbands Bayern e.V. haben sich darauf geeinigt, die Zusammenarbeit mit Wirkung zum 31. Juli 2015 zu beenden. Die Trennung erfolgt im beidseitigen Einvernehmen.

Prof. Götzl hat als Vorstandsvorsitzender den GVB in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich geleitet und in seiner Ausrichtung wichtige Akzente gesetzt.

Wichtige Initiativen auf den Weg gebracht

Ganz besonders in der Wahrnehmung der Belange der Mitglieder gegenüber dem deutschen und auch dem europäischen Gesetzgeber hat er bei der Umsetzung von regulatorischen Vorhaben für die Volksbanken und Raiffeisenbanken und damit auch für deren Kunden hervorragende Arbeit geleistet. Für die Zukunftsfähigkeit der Genossenschaftsorganisation hat er wichtige Initiativen angestoßen und auf den Weg gebracht.

Der Verbandsrat des GVB dankt Herrn Prof. Götzl für seine erfolgreiche Tätigkeit und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute. □

Gemeinde Schönau a. Königssee gewinnt Klage vor dem Finanzgericht München

Die Gemeinde Schönau a. Königssee gewann gegen das Finanzamt Traunstein vor dem Finanzgericht München. Vorausgegangen war ein jahrelanger Streit um geltend gemachte (Umsatzsteuer-) Vorsteuerbeträge in fünfstelliger Höhe für die Errichtung und die Pflege gewidmeter Wanderwege.

Das Finanzamt stützte sich auf eine BFH-Entscheidung aus dem Jahre 1990, wonach öffentlich-rechtlich gewidmete Wege nicht gleichzeitig privatwirtschaftlich (unternehmerisch) genutzt werden können.

Überholte BFH-Rechtsprechung

Die durch die Kanzlei LKC vertretene Gemeinde entgegnete jedoch, dass die zitierte BFH-Rechtsprechung aus europarechtlichen Gründen überholt sei und bei einer Nichtanerkennung der Vorsteuerbeträge u.a. größere Wettbewerbsverzerrungen gegenüber Hoteliers und den Betreiber privatisierter Au-

tobahnen sowie österreichischen Gemeinden zulasten der Gemeinde Schönau eintreten würden. Diese Nachteile seien nicht hinnehmbar. Außerdem liege mit einem privatschriftlichen Vertrag mit dem Tourismus-Zweckverband über den Unterhalt und Pflege gemeindlicher Wege ein umsatzsteuerlicher Leistungsaustausch nach der aktuellen BFH-Rechtsprechung vor.

Freude bei der Stadtverwaltung

Die Richter folgten der Argumentation und verpflichteten das Finanzamt, die geltend gemachte Vorsteuer anzuerkennen. Mit Bürgermeister Hannes



Die Kosten für den Windpark Gerolsbach liegen bei rund 14,3 Millionen Euro. □

Bayernwerk AG:

Bürger wollen sich beteiligen

100 Prozent der Anteile am Windpark Gerolsbach bis Fristende gezeichnet

Nach Ende der Zeichnungsfrist für eine Beteiligung am 14-Millionen-Euro-Projekt der Windkraft Gerolsbach GmbH steht fest, dass das Interesse der Bürger an einer finanziellen Beteiligung sehr groß ist. Sämtliche Anteile, die von der Bürgerenergiegenossenschaft im Landkreis Pfaffenhofen (BEG) angeboten wurden, fanden bis 31. Mai Käufer. Wie die Genossenschaft mitteilte, beteiligten sich mehrheitlich Bürger aus Gerolsbach. Insgesamt wurden Anteile für etwa 1,1 Millionen Euro gezeichnet. Die finanzielle Mindestbeteiligung jeweils lag bei 1.000 Euro.

„Wir freuen uns sehr, dass das Interesse der Bürger am Windpark Gerolsbach so groß ist. Der Erfolg des Beteiligungsmodells beweist eine breite öffentliche Zustimmung für das Projekt. Die hohe Akzeptanz wird durch die enge, partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Kommune und der Genossenschaft getragen“, sagte Dr. Alexander Fenzl, Geschäftsführer der Bayernwerk Natur.

Starker Partner

Neben der Kommune Gerolsbach (51 Prozent) und der Bürgerenergiegenossenschaft Pfaffenhofen (26 Prozent) ist die Bayernwerk Natur GmbH mit 23 Prozent an der Windkraft Gerolsbach GmbH beteiligt. „Wir engagieren uns damit sichtbar als starker Partner bei der Umsetzung der Energiewende in der Region“, unterstreicht Dr. Alexander Fenzl.

Sauberer Strom für rund 4.600 Haushalte

Die Kosten für den Windpark Gerolsbach liegen bei rund 14,3 Millionen Euro. Die drei Windkraftanlagen sollen jährlich rund 16 Millionen Kilowattstunden und damit sauberen Strom für rund 4.600 Haushalte liefern. Baubeginn war Mitte März, die Anlage soll voraussichtlich noch in diesem Jahr in Betrieb gehen.

Vom Ertrag profitieren

Konkret konnten Bürger Mitbesitzer an der Anlage werden, indem sie als Darlehensgeber für die Genossenschaft auftreten. „Damit können die Bürger einen direkten Beitrag zur Energiewende leisten und vom Ertrag des Windparks profitieren“, so Dr. Alexander Fenzl.

Das Kapital von mindestens jeweils 1.000 Euro wird für eine Laufzeit von 20 Jahren mit einem festen Zinssatz zur Verfügung gestellt. Ab Inbetriebnahme des Windparks wird jährlich eine Rendite von drei Prozent und alle fünf Jahre ein Viertel der Dar-

Rasp, den Mitarbeitern in der Verwaltung sowie den Gemeinderäten freut sich der junge Püllacher Altbürgermeister Dr. Stefan Detig, der an dem Verfahren intensiv mitwirkte. □

Großhandelsunternehmen profitieren von Förderkrediten

24.000 Arbeitsplätze gesichert und 644 neue Jobs geschaffen

Großhandelsunternehmen in Bayern haben in den vergangenen drei Jahren 310 Mio. Euro an zinsgünstigen Förderkrediten erhalten. Die Mittel der LfA Förderbank Bayern gingen an 616 Großhandelsunternehmen, die damit Investitionen in Höhe von 416 Mio. Euro verwirklichen konnten und 644 neue Arbeitsplätze geschaffen haben.

Christoph Leicher, Präsident des Landesverbandes Groß- und Außenhandel, Vertrieb und Dienstleistungen, betont: „Die LfA Förderbank Bayern ist ein verlässlicher Finanzierungspartner bayerischer Unternehmen aus dem Bereich Groß- und Außenhandel, Vertrieb und Dienstleistungen. In einer Zeit historisch niedriger Zinsen sind dabei Langfristfinanzierungen stärker in den Fokus gerückt, aber auch Risikoübernahmen durch die Bürgschaftsbank Bayern und die LfA. Die LfA trägt dazu bei, dass unsere Unternehmen ihre Investitionen langfristig und tragbar finanzieren

können: von Auslandsaktivitäten, über Innovationen hin zu Wachstumsvorhaben.“

„Der Groß- und Außenhandel ist eine sehr wichtige Säule der bayerischen Wirtschaft. Wir als LfA Förderbank Bayern freuen uns, dass wir allein in den letzten drei Jahren über 310 Mio. Euro an zinsgünstigen Förderkrediten vergeben konnten, mit denen die bayerischen Großhandelsunternehmen über 24.000 Arbeitsplätze gesichert und 644 neue Arbeitsplätze geschaffen haben“, hob der stellvertretende LfA-Vorstandschef Dr. Thies Clausen hervor. □



V. l.: Dr. Thies Clausen (stellv. Vorstandsvorsitzender LfA), Christoph Leicher (Präsident LGAD) und Frank Hurtmanns (Hauptgeschäftsführer LGAD) auf dem LGAD-Verbandstag. □



Unser Service für

Intelligente Lösungen für bayerische Kommunalkunden

Wir machen uns stark für die Kommunen

Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen bieten wir den bayerischen Kommunen und kommunalen Unternehmen ein lückenloses Leistungsspektrum an. Dazu gehört insbesondere die Finanzierung von kommunalen Bau- und Infrastrukturprojekten. Außerdem begleiten wir Sie bei Maßnahmen zur Energieeinsparung im Rahmen der Energiewende oder der Analyse und Optimierung von Kreditportfolios. Unsere Förderbank, die BayernLabo, ergänzt diese Leistungen durch ihr Angebot zinsgünstiger Kommunalkredite und spezieller kommunaler Förderprogramme. Sie möchten uns und unser Angebot persönlich kennenlernen? Dann wenden Sie sich für weitere Informationen an ▶ Telefon +49 89 2171-22013

Finanzgruppe

Bayern LB

Auszeichnung für zehn Mitarbeiter bayerischer Sparkassen:

Die besten Fördermittelberater 2014

Verleihung des Gemeinschaftspreises von KfW Bankengruppe, LfA Förderbank Bayern, Sparkassenverband Bayern und BayernLB

München – In Kooperation mit der KfW Bankengruppe und der LfA Förderbank Bayern haben der Sparkassenverband Bayern (SVB) und die BayernLB die Auszeichnung „Bester Fördermittelberater 2014“ verliehen. Mit dem Preis wurden in München zehn Kundenberaterinnen und Kundenberater bayerischer Sparkassen ausgezeichnet, die ihren Kunden durch die Einbindung staatlicher Fördermittel vielfach besonders günstige Kreditkonditionen bieten konnten. Eine Jury hatte die Preisträger aus zahlreichen Vorschlägen aus allen Regionen Bayerns ausgewählt.

„Mit zinsgünstigen Krediten staatlicher Förderbanken wie der KfW Bankengruppe und der LfA Förderbank Bayern können Privatleute und Unternehmer ihre Finanzierungskosten erheblich reduzieren“, betonte Martin Traub, stellvertretender Bereichsleiter Vertrieb Firmenkunden & Kredit beim Sparkassenverband Bayern, bei der Preisverleihung in den Räumlichkeiten der LfA in München. Allerdings müssten dazu kompetente Kundenberaterinnen und Kundenberater die vielfältigen Förderoptionen im Blick haben und die Machbarkeit prüfen, was eine anspruchsvolle Aufgabe darstellt.

Lohnender Einsatz

Martin Traub: „Alle Preisträgerinnen und Preisträger haben auf vorbildliche Art und Weise gezeigt, dass sich ihr Einsatz zur Integration von Fördermitteln für die Kunden lohnt.“

Ausgezeichnet haben KfW, LfA, SVB und BayernLB die Kundenberaterinnen und Kundenberater für Finanzierungsmaßnahmen in den Kategorien „Gründung“, „Mittelstand“, „Umweltschutz“, „Klimawandel & Energiewende“, „Wohnungsbau“ und „Infrastruktur“ (siehe Tabelle unten). Alle Lösungen

zeichneten sich durch ein besonderes Maß an Ideenreichtum und Servicequalität aus. Beispielsweise wurden teilweise mehrere Förderprogramme kombiniert, in einem anderen Fall konnte dem Kunden durch die rasche Bearbeitung vor einer anderen Bank ein überzeugendes Angebot geliefert werden, das schließlich den Zuschlag erhielt.

Zehn Auszeichnungen

Sechs von zehn Preisen gingen an Sparkassen-Mitarbeiter, die Mittel aus den Förderprogrammen der KfW Bankengruppe eingebunden hatten; die weiteren vier Preise erhielten Beraterinnen und Berater, die auf Angebote der LfA Förderbank Bayern zurückgegriffen hatten. Die KfW bietet bundesweit Förderprogramme für Privatpersonen, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen an. Allein in Bayern hat sie im vergangenen Jahr Förderkredite mit einem Volumen in Höhe von 6,6 Mrd. Euro ausgereicht.

Die LfA Förderbank Bayern ist ausschließlich in Bayern tätig und unterstützt mit ihren Förderprogrammen den hiesigen Mittelstand und Kommunen. Die Förderkreditzusagen der LfA beliefen sich in 2014

auf 1,74 Mrd. Euro für 5.500 Mittelständler und 111 Kommunen.

„Die mit unserem Preis ausgezeichneten Finanzierungen zeigen, dass die S-Finanzgruppe in Bayern das Fördergeschäft in all seinen Facetten gut beherrscht“, sagte Christian Lindner, Abteilungsleiter Fördergeschäft bei der BayernLB. „Die gute Zusammenarbeit mit den Förderbanken werden wir im Sinne unserer Kunden auch in Zukunft fortführen.“

Führende Position

Die bayerischen Sparkassen nehmen gemeinsam mit der BayernLB eine führende Position im Fördermittelgeschäft ein. Im vergangenen Jahr vergaben Sie gemeinsam mehr als 22.000 zinsgünstige Förderkredite mit einem Volumen von mehr als 2,7 Mrd. Euro an Privatleute, Unternehmen und Kommunen.

Fördergeschäft in all seinen Facetten

Während die Landesbank in der Regel als zentraler Dienstleister auftritt und sämtliche Mittel von den Förderinstituten wie der KfW Bankengruppe und der LfA Förderbank Bayern an die Sparkassen durchleitet, bedienen diese die privaten und gewerblichen Endkunden. Teilweise reicht die BayernLB direkt Förderkredite an ihre großen Unternehmenskunden aus; 2014 waren das rund 340 Mio. Euro.

Als beste Fördermittelberater 2014 in Zusammenarbeit mit der KfW Bankengruppe wurden folgende Sparkassen ausgezeichnet: Kategorie Gründung: Kreissparkasse Augsburg, Mittelstand: Sparkasse im Landkreis Cham, Umweltschutz: Sparkasse Landsberg-Dießen, Klimawandel & Energiewende: Sparkasse Bad Tölz-Wolfratshausen, Wohnungsbau: Sparkasse Niederbayern-Mitte, Infrastruktur: Stadtsparkasse Bayreuth.

Als beste Fördermittelberater 2014 in Zusammenarbeit mit der LfA Förderbank Bayern wurden geehrt: Kategorie Gründung: Sparkasse Günzburg-Krumbach, Mittelstand: Sparkasse Fürstfeldbruck, Umweltschutz: Sparkasse Forchheim, Klimawandel & Energiewende: Kreis- und Stadtsparkasse Kaufbeuren.



Dagmar Tutsch (Mitte) ist beste Fördermittelberaterin für Unternehmensgründer in Bayern. Es gratuliert u. a. Dr. Wolfgang Zettl (dritter von rechts), stellvertretendes Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Augsburg.

Kreissparkasse Augsburg:

Unternehmensgründer sind bei Dagmar Tutsch sehr gut beraten

„Bester Fördermittelberater 2014“

Augsburg – Eine der besten Kundenberaterinnen Bayerns für zinsgünstige Förderkredite arbeitet bei der Kreissparkasse Augsburg: Dagmar Tutsch, die als Finanzberaterin für Freie Berufe und Heilberufe zertifiziert ist, hat die Auszeichnung „Bester Fördermittelberater 2014“ erhalten.

Mit dem Preis zeichnen die KfW Bankengruppe, die LfA Förderbank Bayern, der Sparkassenverband Bayern und die BayernLB Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bayerischen Sparkassen aus, die ihren Kunden vergangenes Jahr durch die Einbindung staatlicher Fördermittel vielfach besonders günstige Kreditkonditionen bieten konnten.

„Unternehmer können ihre Finanzierungskosten erheblich reduzieren, wenn sie auf zinsgünstige Kredite staatlicher Förderbanken setzen“, so Dr. Wolfgang Zettl, der als stellvertretendes Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Augsburg für das Unternehmenskundengeschäft zeichnet. „Vor allem bei Gründern lohnt es sich, die Möglichkeiten zu prüfen.“

Zusätzlicher Aufwand

Fördermittel erfolgreich einzusetzen, ist aber mit einem zusätzlichen Aufwand verbunden: Die Kundenberater müssen die vielfältigen Förderoptionen im Blick behalten und die Förderfähigkeit von Investitionsvorhaben prüfen. „Dagmar Tutsch hat mit ihrem vorbildlichen Einsatz gezeigt, dass sich dieser Aufwand im Sinne unserer Kunden lohnt.“

Eine Jury hat Dagmar Tutsch und neun weitere Preisträger aus zahlreichen Vorschlägen



Die zahlreichen Preisträger zeichnen sich durch ein besonderes Maß an Ideenreichtum und Servicequalität aus.

Mit Laptop und... Carbon!

MINTENSIV begeistert Schüler für Naturwissenschaften und Technik
Georg Eisenreich und Dr. Ulrich Netzer beim Abschluss der Projektphase

Spaß und Interesse der Schülerinnen und Schüler an Technik und Naturwissenschaften will das Projekt MINTENSIV fördern. Künftig können Schüler aller Schularten entsprechende Kurse in bayerischen Schullandheimen besuchen. Bildungsstaatssekretär Georg Eisenreich und Dr. Ulrich Netzer, Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Sparkassenstiftung, überzeugten sich persönlich von dem Konzept und experimentierten selbst unter Anleitung junger „Wissenschaftler“, die bereits an dem Projekt teilgenommen hatten.

Staatssekretär Eisenreich betonte: „Die Förderung von Naturwissenschaften und Technik hat für den Freistaat Bayern als Hightech-Standort große Bedeutung. Außerschulische Lernorte motivieren Schülerinnen und Schüler. Daher freue ich mich sehr, dass mit MINTENSIV Schüler an acht bayerischen Schullandheimen selbstständig experimentieren und forschen können.“

Themenschwerpunkte

In den MINTENSIV-Kurswochen befassen sich die Jugendlichen eigenständig mit Themen wie Energie, Carbon,

Mittelstand und Handwerk:

Finanzierung in Gefahr

Bayerisches Positionspapier zu Basel III

Erhebliche Rückschläge aus Brüssel für die Mittelstandsfinanzierung befürchten die bayerische Wirtschaft und die Finanzinstitute im Freistaat. In der Kritik stehen neue Kreditrisikostandards (Basel III), die demnächst in EU-Recht umgesetzt werden sollen.

Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer müsse sich beim Basler Ausschuss und auf EU-Ebene intensiv für Korrekturen einsetzen. Dies fordern der Bayerische Industrie- und Handelskammertag (BIHK), der Bayerischer Handwerkstag (BHT), der Bayerische Bankenverband, der Genossenschaftsverband Bayern und der Sparkassenverband Bayern in einem gemeinsamen Brief an den Ministerpräsidenten.

Mit großer Sorge sehen die Wirtschaft und die Finanzbranche die geplante Verschärfung

Großes Engagement

Die Kreissparkasse Augsburg betreibt das Fördermittelgeschäft mit großem Engagement: Im vergangenen Jahr vergab sie 442 Förderkredite mit einem Gesamtvolumen von 57,3 Millionen Euro an ihre Kunden.

der Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite.

Warnung der Experten

„Da die Eigenkapitalanforderungen in den vergangenen Jahren sukzessive erhöht wurden, würden weitere Maßnahmen dazu führen, dass einzelne Kreditinstitute an die Grenzen der Kreditvergabemöglichkeiten stoßen“, heißt es im Brief. Dann müssten Kreditlinien für Unternehmen reduziert werden. „Das wiederum würde sich äußerst negativ auf die Wirtschaftskraft auswirken“, warnen die Wirtschafts- und Finanzexperten.

Mittelstandskredite weiter im Retail-Portfolio hinterlegen

Sie fordern außerdem, dass Mittelstandskredite weiter mit reduziertem Risikogewicht im so genannten Retail-Portfolio hinterlegt werden können. Schließlich seien Kreditausfälle in Deutschland stets niedriger

Schüler der Realschule Vaterstetten, ergänzte: „Beim Programmieren und Zusammenbauen der Techniksätze vergessen wir die Zeit. Wir könnten uns stundenlang damit beschäftigen.“

Zweijährige Projektphase

Im Rahmen der MINT21-Initiative an Bayerischen Realschulen wurden in einer zweijährigen Projektphase Intensivkurse am Lernort Schullandheim entwickelt, die insbesondere die MINT-Kompetenzen sowie die Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler nachhaltig fördern sollen.

Rudolf Suttner, Landesvorsitzender des Bayerischen Schullandheimwerks, zeigte sich besonders erfreut darüber, dass künftig die MINTENSIV-Kurswochen an acht Schullandheimstandorten in Bayern von Schulklassen bzw. Gruppen aller Schularten gebucht werden können. Insgesamt 1.500 Schüler haben bisher gemeinsam mit 65 Lehrkräften an MINTENSIV teilgenommen. An der Förderung waren vor allem der Europäische Sozialfonds, das Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, die Bayerische Sparkassenstiftung und die Universität Augsburg beteiligt.

als vorgegeben, erläutert das gemeinsam mit dem Brief übermittelte Positionspapier. Wichtig für die Unternehmen sei ferner, dass auch künftig für nicht beanspruchte, kündbare Kreditlinien keine Eigenkapitalhinterlegung verlangt werde. Darüber hinaus dürften auch Förderdarlehen für Betriebe nicht durch eine Eigenkapitalhinterlegung eingeschränkt werden.

Angespannte Situation auf den Immobilienmärkten

Eine zusätzliche Gefahr für stark wachsende Wirtschaftsräume sehen die Wirtschaftsvertreter in der geplanten Erhöhung der Eigenkapitalhinterlegung für Investitions- und Immobilienfinanzierungen. Dies würde die angespannte Situation auf den Immobilienmärkten der bayerischen Metropolen weiter verschärfen.

Ihre Forderungen haben die bayerischen IHKS, HWKS und Verbände der Finanzwirtschaft in einem gemeinsamen Positionspapier zusammengefasst.

Europäische Union braucht klare Arbeitsteilung

DSGV-Präsident Fahrenschon zur Überprüfung und Koordinierung von Wirtschafts- und Fiskalpolitik

Für eine klare Arbeitsteilung zwischen Europäischer Zentralbank (EZB) und EU-Kommission im Rahmen der turnusmäßigen Überwachung und Koordinierung der Wirtschafts- und Fiskalpolitik der EU-Mitgliedstaaten (Europäisches Semester) hat sich Georg Fahrenschon, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), ausgesprochen. So sei es sinnvoll, dass sich die Europäische Kommission bei der Überprüfung künftig stärker auf Themen der Wettbewerbsfähigkeit und die EZB stärker auf Themen des Finanzsektors konzentriert. Fahrenschon regte an, diese Möglichkeit im Nachgang EU-Gipfels Ende Juni zu prüfen.

Das Europäische Semester besser als bisher zu nutzen, um die Wirtschaftspolitik in der EU-Zone stärker zu koordinieren, ist einer der Vorschläge, die EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker gemeinsam mit Donald Tusk, Präsident des

Euro-Gipfels, Jeroen Dijsselbloem, Präsident des Euro-Gruppe, und EZB-Präsident Mario Draghi sowie Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments für den anstehenden Gipfel erarbeitet haben. Die Staats- und Regierungs-

chefs der 28 EU-Mitgliedsstaaten wollen den Bericht beim anstehenden Gipfel zur Kenntnis nehmen.

Für höhere Verbindlichkeit von Regeln

Insgesamt begrüßte Fahrenschon, dass die fünf Präsidenten in ihrem Papier eine höhere Verbindlichkeit von gemeinsam gesetzten Regeln einforderten. „Die aktuellen Debatten über Griechenland zeigen wie wichtig es ist, Regeln und Vereinbarungen der Europäischen Währungsunion ernst zu nehmen.“ Denn die Schulden in

Europa dürften nicht noch weiter ansteigen. Daher sei auch die Stärkung der nationalen Institutionen und Regeln dringend notwendig, um perspektivisch eine nachhaltige Finanz- und Fiskalunion zu schaffen. Nur wenn die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten gestärkt und gleichzeitig wirksame Kontrollrechte auf der europäischen Ebene auch in Perspektive mit neuen Institutionen verankert würden, könne einer überbordenden Verschuldung Einhalt geboten werden, so Fahrenschon.

In diesem Kontext muss auch die Vollendung der Bankenunion gesehen werden. Hier sind bereits viele Maßnahmen auf dem Weg gebracht. Zur Finanzunion gehört auch der Startschuss für die Kapitalmarktunion. Sicherlich ist dabei eine Diversifizierung der Finanzierungsquellen für die Unternehmen grundsätzlich zu unterstützen. Zu beachten bleibt aber, dass die klassische Kreditfinanzierung dabei nicht geschwächt wird, die für kleine und mittlere Unternehmen von besonderer Bedeutung ist.

Insgesamt sei es wichtig, alle neu zu schaffenden Mechanismen und Institutionen auf dem Weg zur Politischen Union in Europa demokratisch zu legitimieren. So sollten neu zu schaffende nationale Institutionen zur Prüfung der Wettbewerbsfähigkeit von den nationalen Parlamenten kontrolliert werden. Zudem sollte der Europäische Stabilisierungsmechanismus (ESM) – wie es die fünf Präsidenten ebenfalls vorschlugen – in der mittleren Frist in die Europäischen Verträge als Europäischer Währungsfonds übertragen werden. □

Einlagensicherungsgesetz:

Sparkassen-Finanzgruppe setzt auch künftig auf bewährte Institutssicherung

Die Kunden der deutschen Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen können auch nach Inkrafttreten des Einlagensicherungsgesetzes auf eine umfassende Sicherung vertrauen. „Auch künftig wollen wir durch unsere bewährte Institutssicherung einen Einlagensicherungsfall gerade vermeiden und dadurch die Geschäftsverbindungen zu den Kunden umfassend absichern“, erklärte der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Georg Fahrenschon.

Präsident Fahrenschon fest.

Mindestschutz

Unabhängig von der Institutssicherung genießen alle Kunden von Sparkassen, Landesbanken



Georg Fahrenschon. □

Gesicherte Transparenz

Die Institutssicherung sichert innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe Transparenz über die bestehenden Risiken. Durch ein frühzeitiges Eingreifen und ggf. Unterstützungen durch andere Institute der Gruppe können dauerhafte Schwierigkeiten eines Instituts und damit ein Einlagensicherungsfall gerade verhindert werden.

„Sicherungssysteme, die potenzielle Probleme frühzeitig erkennen, sind für alle Beteiligten kostengünstiger und leistungsfähiger. Es ist deshalb ein großer Erfolg, dass unser präventives System in Zukunft Teil der europäischen Einlagensicherungsarchitektur ist“, stellte

und Landesbausparkassen den europäisch vorgegebenen Mindestschutz für Einlagen in Höhe von 100.000 Euro pro Anleger und Institut. Auch alle anderen Anforderungen des Einlagensicherungsgesetzes werden durch das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe erfüllt. □

Sparkasse Niederbayern-Mitte:

Vom 175-jährigen Jubiläum profitiert die ganze Region

Auftakt der Spendenübergaben in Straubing

Im Rahmen der Jubiläumsspendenaktion übergab Walter Strohmaier, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Niederbayern-Mitte insgesamt 5.325 Euro in der Hauptstelle Straubing. „Dies ist der Auftakt für viele weitere Spendenübergaben in der Gebietsdirektion Straubing“, hob Strohmaier bei der Feierstunde hervor. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnten Projekte oder Anschaffungen von Vereinen und Institutionen vorschlagen, bei denen sie selbst aktiv sind oder eine besondere Verbindung haben. Die Resonanz war enorm, so der Vorstandsvorsitzende. Mit dieser Aktion kommt die regionale Verbundenheit in ganz besonderer Weise zum Ausdruck, stellte er heraus.

Vom Sportverein über karitative Einrichtungen bis hin zu den Feuerwehren sind alle Bereiche des gemeinnützigen Lebens vertreten. Die Kolleginnen und Kollegen engagierten sich aus allen Abteilungen und Geschäftsstellen und es wurde deutlich, wie stark sich die Mitarbeiter der Sparkasse auch privat für die Gesellschaft engagieren.

„Ich freue mich sehr über diese gelungene Aktion“, betonte Strohmaier. „Und ich bin sehr stolz auf alle Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter, die sich mit außerordentlich großem Engagement für die Region einsetzen“. Für die Aktion wurden ursprünglich 175.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Gelungene Aktion

Aufgrund der großen Resonanz (über 400 verschiedene Vorschläge mit einem Gesamtvolumen von 2 Millionen Euro) stockte die Sparkasse den Beitrag auf 200.000 Euro auf. Mit einem Augenzwinkern merkte

Strohmaier dabei an: „Dies ist ein Zeichen dafür, dass die Sparkasse auch seinen 200. Geburtstag trotz schwierigen Umfelds feiern wird.“

Anschließend überreichte er 500 Euro für die Anschaffung von neuen Bänken am Friedhof an Pfarrer Erhard Schmidt von der Pfarrei St. Johannes in Ittling. Pate Alfred Karpfinger, Leiter der Geschäftsstelle Ittling, hatte das Vorhaben vorgeschlagen. Gabi Baumruck, Mitarbeiterin der Kreditabteilung und Geschäftsführerin vom FC Alburg, 2. Vorstand Armin Hrubey und Patin Karin Bambl, Leiterin des Telefonteams, durften sich über 1250 Euro für die Errichtung eines Kleinspielfeldes freuen.

Spende für den DAV

Dem Deutschen Alpenverein Sektion Straubing, vertreten durch 1. Vorstand Thomas Ruprecht und 2. Vorstand Ernst Schick, wurde gemeinsam mit Pate Pirmin Schedlbauer, Kundenberater der Geschäftsstelle Salching/Leiblfing, 1.120 Euro für ein Campusboard und Klettergriffe für die Kletterhalle übergeben. Vom IHC Atting e.V. nahm Schriftführer Michael Bauer von Walter Strohmaier und Manfred Sturm, Leiter der Geschäftsstelle Rain, 500 Euro für die Ausrüstung des Nachwuchsteams und der Laufschule entgegen.

Zeit für den Verein

1.250 Euro gingen an 1. Vorstand Ernst Söldner und Schatzmeisterin Anita Schläger vom 1. Straubinger Akkordeon-Orchester 1973 e.V. für die Anschaffung eines neuen Bassverstärkers inklusive Mikrofoneinbau. Kreditanalyst Stefan Stuber hatte den Antrag eingereicht. Eine Spende von 705 Euro nahm Leiterin Alexandra Kräh vom Kindergarten St. Johannes in Ittling für die Anschaffung neuer Betten und Geschirr von Pate Alfred Karpfinger in Empfang.

„In den Zeiten, in denen es nicht mehr selbstverständlich ist, die Freizeit für den Verein zur Verfügung zu stellen, freut es mich sehr, dass wir diese Aktion ins Leben rufen konnten“, sagte Strohmaier und bedankte sich abschließend der Sparkassendirektor bei allen Vereinsverantwortlichen und wünschte ihnen viel Erfolg in ihrer Vereinsarbeit. □

BayernLB präsentiert Immobilienstudie Logistik

Investments in Logistikimmobilien bleiben attraktiv
Logistikbranche profitiert von starkem Konsum

Im Jahr 2014 haben die Transaktionsvolumina am Logistikimmobilienmarkt neue Rekordhöhen erreicht. Was ist für die Zukunft zu erwarten? Das wirtschaftliche Umfeld für die künftige Entwicklung in der Logistik, gemessen an der Beschäftigung die zweitgrößte Branche Deutschlands, ist günstig. Deutschland befindet sich in einem konjunkturellen Aufschwung, der von einer starken Binnennachfrage getragen wird, während sich die Konjunktur im Euro-Raum als wichtigster Absatzmarkt zunehmend stabilisiert. Unterstützung kommt, neben der Geldpolitik (niedrige Zinsen, schwacher Euro) auch vom niedrigen Ölpreis.

Die Research-Spezialisten der BayernLB ziehen in ihrer aktuellen Immobilienstudie folgendes Fazit: Die Logistikbranche profitiert sowohl von der stärkeren Konjunktur als auch von günstigen Kraftstoffpreisen.

Führungsposition zurückerobert

Im Jahr 2014 eroberte Deutschland zudem die Führungsposition im Logistic Performance Index der Weltbank zurück, wobei die Infrastruktur und Kompetenz in der Sendungsverfolgung hervorgehoben wurden, was insbesondere angesichts einer Verdoppelung des E-Commerce-Umsatzes seit 2009 ein wichtiger Standortfaktor ist.

Dies wirkt sich positiv auf die Nettonachfrage nach Logistikimmobilien aus. Gleichzeitig bleiben das Angebot an neuen Logistikflächen und insbesondere spekulative Entwicklungen auf einem verhaltenen Niveau. Mietsteigerungen sind im Logistikbereich nur begrenzt möglich. Jedoch sollte das Transaktionsvolumen auch dieses Jahr über dem 10-Jahres Schnitt liegen. Hierbei werden die Spitzenrenditen zwar weiter sinken, sie bleiben aber im Vergleich zu alternativen Investments attraktiv.

Die BayernLB beleuchtet zukünftig in Kooperation mit den Research-Teams ihrer Immobilienlichter, LB ImmoWert und Real I.S. mehrfach im Jahr aktuelle Themen des Immobilienmarktes. □



LBS-Bausparen für Kommunen

Dauerhaft günstige Zinsen, planbar und flexibel!



Die wirtschaftlich sinnvolle
Finanzierungsalternative.

www.lbs-bayern.de

Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.

Sparkassen-Finanzgruppe

Bayerische Immissionsschutztag in Augsburg:

Luftreinhaltung und Lärmschutz

In Kooperation mit dem Bayerischen Land für Umwelt (LfU), Andrea Versteil Rechtsanwältin und der Müller-BBM GmbH veranstaltete KUMAS – Kompetenzzentrum Umwelt e. V. die 7. Bayerischen Immissionsschutztag in Augsburg. Am Fachkongress mit den Themen Luftreinhaltung und Lärmschutz nahmen rund 200 Umweltpersonen teil.

Begleitet wurde der Fachkongress durch eine Ausstellung. Im Landesamt für Umwelt präsentierten sich branchenspezifische Unternehmen und Dienstleister. Auch auf die Leitprojekte von KUMAS wurde aufmerksam gemacht, zeichnen sie sich doch dadurch aus, dass ihre Verfahren oder Produkte besonders geeignet sind, um Umweltkompetenz zu demonstrieren.

Verkehrsemissionen

Der Vizepräsident des Landesamts für Umwelt, Dr. Richard Fackler, stellte in seiner Begrüßung das Thema Verkehrsemissionen in den Vordergrund: „Die Luftreinhaltung betrifft zu größten Teilen den Verkehr. Doch die breite Bevölkerung wird nur durch Themen bewegt, die sie wirklich direkt betreffen, wie zum Beispiel die Gesundheit. Hier müssen wir ansetzen“.

Umweltbildung, Bayern:

Neue Träger des Qualitätssiegels

Sieben weitere Umweltbildungseinrichtungen tragen nunmehr das Qualitätssiegel „Umweltbildung, Bayern“. Bei der Auszeichnung in Erlangen betonte Umweltministerin Ulrike Scharf: „Bayern ist Spitze bei der Umweltbildung und der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Die 134 Träger des Qualitätssiegels ‚Umweltbildung, Bayern‘ zeichnen sich durch überzeugende Umweltbildungsarbeit auf hohem Niveau aus. Sie führen jedes Jahr rund 22.000 Veranstaltungen durch und erreichen mehr als 600.000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene.“

Ausgezeichnet wurden der Abfallzweckverband Stadt und Landkreis Hof, Chiemsee Naturführer – Verein der Natur- und LandschaftsführerInnen, Inn-Salzach e. V., Die Umwelt-Akademie e. V., Eine Welt Laden Teublitz e. V., Heinershof e. V., Jugendfarm Erlangen e. V. sowie die Jugendbildungsstätte Windberg. Auch künftig soll die Breitenwirkung und Bekanntheit der Umweltbildung in Bayern weiter ausgebaut werden. „Bis zum Jahr 2020 wollen wir die Zahl der Teilnehmer auf rund 1,2 Millionen verdoppeln“, betonte Scharf.

Abfallzweckverband Hof

Der Abfallzweckverband Stadt und Landkreis Hof erhielt die Auszeichnung für seine besonders fundierte Bildungsarbeit zum Thema Abfall. Im Vordergrund steht ein handlungsorientiertes Lernen, das durch Erfahrungen gekennzeichnet ist.

Der Zweckverband hat hierzu einige Projekte ins Leben gerufen: Das Projekt „Abfallmanagement Global gedacht: Umweltbildung in Schulen, Recyclingideen und internationaler Wissenstransfer“ (Ein Süd-Nord-Projekt des sogenannten ASA-Programmes) findet in Zusammenarbeit mit Partnern aus Brasilien statt. Bei einem Besuch in Hof lernen die brasilianischen Gäste das Abfallmanagement des AZV und verschiedene Entsorgungs- und Recyclingfirmen in der Region kennen. Zusätzlich führen sie gemeinsam mit der Abfallberatung des AZV Projekte in Schulen durch. Mit den niedrigeren Klassen werden brasilianische Musikinstrumente gebaut, mit den höheren Klassen globale Zusammenhänge erkundet und diskutiert.

Mit dem Theaterprojekt „BäroheArm und die 7 Müllzwerge“ will der AZV die Kinder für Abfallvermeidung, Abfallsortierung und Abfallverwertung so-

Tag 1 der Veranstaltung behandelte die ersten Erfahrungen mit dem bayerischen Modell der Überwachungsvereinbarung zur Anlagenüberwachung nach der Industrieemissions-Richtlinie. Der Ausgangszustandsbericht für Boden und Grundwasser ist ein wichtiges Instrument, die während des Betriebes einer Anlage entstehen können, zu sanieren.

Für frühzeitigen Dialog

Dr. Peter Fritsch vom LfU empfahl den frühzeitigen Dialog zwischen Anlagenbetreibern und den zuständigen Behörden, um Fehlentwicklungen und -bewertungen im Interesse einer intakten Umwelt und der Standort-sicherung auszuschließen. Den Betreibern selbst komme besondere Verantwortung, was Qualität und Belastbarkeit des Aus-

gangszustandsberichts im Hinblick auf spätere Rückführungspflichten betreffe, zu.

Anlagenbetrieb im Spannungsfeld

Zudem wurde am Beispiel der Zellstoff- und Papierindustrie der BVT-Prozess vorgestellt. Mit der Neufassung der Umweltverträglichkeitsprüfungs-Richtlinie vom Mai 2014 soll der Schutz der Umwelt verbessert und gleichzeitig die Verwaltung vereinfacht werden. Die Vorgaben der Seveso II-Richtlinie zur Beherrschung von Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen sollen in nationales Recht umgesetzt werden. Über den Stand der Umsetzungen wurde berichtet.

In der Podiumsdiskussion „Anlagenbetrieb im Spannungsfeld zwischen Umweltschutz und Bürgerakzeptanz“ wurden anhand des konkreten Beispiels einer Gießerei Fragestellungen rund um den Betrieb einer Industrieanlage in sensiblen Umfeld diskutiert.

Wie Claudia Grimmitz, Stadt Nürnberg, hierzu darlegte, ist

den Kindern dort, in Verbindung gebracht.

Die Angebote des Welt-Ladens reichen von Fairem Frühstück in Schulen über Vorträge für Erwachsene über den Fairen Handel bis hin zu anschaulichen Projekten: In den Projekten „Schokologie“, „Der Weg einer Jeans“ und „Welt Ernährung und Fairer Handel“ wird auf die Arbeitsbedingungen der Menschen in den sog. Entwicklungsländern eingegangen.

Fairer Handel

Thematisiert werden gerechte Entlohnung, gesunde Arbeitsbedingungen und nachhaltige Produktionsmethoden, die durch den Fairen Handel verbessert und unterstützt werden. Die Projekte „Prima Klima“ sowie „Papier und Recycling“ gehen besonders auf die Themen Klimagerechtigkeit, Rohstoffverbrauch der Industrieländer und Bedeutung der Urwälder ein. Das Bewusstsein für Produkte aus umweltschonender Erzeugung soll geweckt werden.

Der Heinershof in Oberfranken erhielt die Auszeichnung für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen im Umfeld eines ehemaligen landwirtschaftlichen Betriebes. Der Umgang mit Tieren, die Herstellung von Lebensmitteln, das Waschen und Ernten im Jahreslauf und vieles mehr wird dort erlebbar. Der Heinershof ist zudem eine von 52 staatlich anerkannten Umweltstationen in Bayern.

Jugendfarm Erlangen

Die Jugendfarm Erlangen wurde für ihre ganzheitliche, zukunfts-fähige Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen geehrt. Unter ihrem Bildungsmotto „Zukunft inklusive“ will die Jugendfarm Kinder und Jugendliche bei der Entwicklung zu selbstbewussten, eigenständigen, gesellschaftsfähigen und verantwortungsbewussten Menschen unterstützen. Die Jugendfarm ist zudem eine von 52 staatlich anerkannten Umweltstationen in Bayern.

Mit der Prämonstratenser Abtei Windberg im Landkreis Straubing-Bogen wurde ein kirchlicher Träger mit dem Qualitätssiegel für seine ganzheitliche Bildungsarbeit

die Firma MAN Truck & Bus AG weltweiter Anbieter von Lastkraftwagen, Linien- und Reisebussen sowie von Diesel- und Gasmotoren. Der gewachsene Standort befindet sich im Stadtteil Gibitzenhof, wo in den vergangenen Jahren neue hochwertige Wohnungen errichtet wurden. Im Norden und Osten grenzen Wohngebiete und im Süden und Westen weitere Industriestandorte an das Werks-gelände.

Die Gießerei und die Gebäude mit den Motorenprüfständen liegen unmittelbar an der Werks-grenze, in der Nähe zu einem Wohngebiet. Durch Gießereitypische Emissionen ergaben sich, in Abhängigkeit von den meteorologischen Bedingungen, immer wieder Konflikte, die dem Umweltamt durch Bürger z. B. über das Umwelttelefon mitgeteilt werden. Die empfundenen Emissionen wurden als „metallische Verbrennungs-gerüche“ beschrieben.

Umfangreiches Maßnahmenkonzept

Als erster Schritt wurde im Jahr 2006 die TÜV SÜD Industrieservice GmbH vom Umweltamt beauftragt, die Geruchs-situation im Wohnumfeld der Firma, damals noch Fa. MAN Nutzfahrzeuge AG, näher zu untersuchen. Aus dem Gutachten, auch unter Heranziehung der Bestimmungen der Geruchsimmissions-Richtlinie (GIRL), ging hervor, dass erhebliche Geruchsbelästigungen im Sinne des Bundes-Immissions-schutzgesetzes nicht ausgeschlossen werden können. Gleichzeitig stellte der Gutachter fest, dass ein „geruchsfreier“ Betrieb der Gießerei nicht zu erwarten ist und auf Basis vorhandener gesetzlicher Vorgaben auch nicht gefordert werden kann.

Um die Konfliktsituation unter Abwägung der unterschiedlichen Interessen im Sinne der Anwohner zu lösen, wurde behörden- bzw. firmenseitig auf langwierige Verwaltungsverfahren und auf weitere kostenintensive Gutachten verzichtet und ein umfangreiches Maßnahmenkonzept zur Reduzierung der überwiegend diffusen Emissionen vereinbart. Dieses Konzept

bedacht. Windberg dient als Jugendbildungshaus der Diözese Regensburg und als Jugendbildungsstätte für den Bezirk Niederbayern.

Prämonstratenser Abtei Windberg

Berufsbildende Seminare wie die „Ethikwoche für Pflegekräfte“ gehören genauso zum Programm wie Streitschlichter- oder Tutorenseminare für Schülerinnen und Schüler. Ein pädagogisches Alleinstellungsmerkmal ist die Genderpädagogik, d. h. die jeweils spezifische Entwicklung von Mädchen/Frauen und Jungen/Männern, der im Haus durch ein breites Seminarangebot Rechnung getragen wird. Als neuer Schwerpunkt kam in den letzten Jahren die Bildung für nachhaltige Entwicklung hinzu.

Ein mehrjähriges Angebot der Bildung für nachhaltige Entwicklung der Jugendbildungsstätte Windberg ist das Projekt „DonauEinflüsse“, das zusammen mit anderen Umweltbildungseinrichtungen an der Donau aus Schwaben, Oberbayern und Niederbayern durchgeführt wurde. Windberg hat sich an diesem Nachhaltigkeitprojekt unter dem Motto „Ein Jahr nach der Flut-Bewältigung und Verantwortung“ beteiligt. Dazu zählten der Aufbau eines Netzwerkes von Multiplikatoren, deren Fortbildung, Betroffenheitspartnerschaft von Donau-Oberliegern mit Donau-Untergliedern (Donau-Botschafter-Austausch) und ein Kreativ-Bewältigungsangebot für von der Flut betroffene Kinder und Jugendliche. **DK**

erwies sich aus heutiger Sicht als langwieriger Prozess, da nicht alle angedachten Lösungsansätze zum gewünschten Erfolg bzw. sogar zu produktions-technischen Problemen führten und deshalb teilweise wieder verworfen werden mussten.

Aus diesem Grund fanden immer wieder Abstimmungen mit Gutachtern und Experten, wie z. B. dem Institut für Gießereitechnik, statt. Weitere wichtige Meilensteine waren der kontinuierliche Dialog mit dem benachbarten Bürgerverein und eine transparente Darstellung der Maßnahmen im Stadtrat. „Eine Verbesserung der Immissions-situation kann unter Berücksichtigung der betriebswirtschaftlichen Gegebenheiten und des Standes der Gießereitechnik nur sukzessive erreicht werden“, stellte Grimmitz fest.

Podiumsdiskussion

Abstandregelungen für Windkraftanlagen, die Notwendigkeit neuer Stromtrassen und der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien waren die Themen, zu denen Dr. Rupert Schäfer vom Bayerischen Wirtschaftsministerium, Dr. Brigitte Dahlbender vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Roland Kreitmeier von der Siemens AG und Dr. Jörg Singer vom Landratsamt Donau-Ries in der Podiumsdiskussion „Bringt die Energiewende neue Belastungen für die Umwelt?“ ihre Standpunkte austauschten.

Welche neuen Belastungen die Energiewende für die Umwelt bringt, zeigt sich im Kreis Donau-Ries. Dort sind heute rund 90 Biogasanlagen in Betrieb. Bei den Behörden laufen Genehmigungsverfahren für rund 90 Windkraftanlagen. Den größten Zündstoff aber birgt der Plan für die neue Gleichstromtrasse, die den Kreis durchschneiden könnte. Dass die Energiewende nicht nur Nutzen, sondern auch negative Auswirkungen auf Mensch und Natur mit sich bringt, darüber waren sich die Teilnehmer der Podiumsdiskussion einig.

Roland Kreitmeier, Chef der Siemens-Niederlassung Augsburg, ist aufgefallen, dass trotz

Positionspapier des EU-Umweltausschusses:

Positive Reaktion des bvse

„Das Positionspapier zur Kreislaufwirtschaft, das der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments verabschiedet hat, kann den dringend benötigten Impuls geben, auf den die Branche schon seit langem wartet“, erklärt Eric Rehbock, Hauptgeschäftsführer des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V.

Dabei hebt Rehbock vor allem hervor, dass der EU-Umweltausschuss nicht nur eine Erhöhung der Recyclingziele auf mindestens 70% vorschlägt, sondern gleichzeitig die Deponierung und Verbrennung mit einer Gebühr belegt. „Wenn die billige Deponierung oder Verbrennung erschwert wird, ist der Weg frei für ein qualitativ und ressourcenschonendes Recycling und die Gewinnung von Sekundärrohstoffen für Industrie und Gewerbe“, betont der bvse-Hauptgeschäftsführer.

Entscheidend ist dabei natürlich, dass die EU gleichzeitig auch die finanzielle Förderung von neuen Deponien oder Verbrennungsanlagen stoppt. Viel wichtiger sei es, in den Auf- und Ausbau von regionalen Recyclingnetzwerken zu investieren und dabei die Wirtschaft vor Ort mit einzubeziehen. Im Gegensatz zum zentralen Ansatz großindustrieller Lösungen könne mit mittelständischen Sammel- und Aufbereitungsstrukturen besser auf die lokalen Besonderheiten eingegangen, flexibel auf Marktveränderungen reagiert und vor allem die Wertschöpfung und damit

Energiewende die CO₂-Emissionen in Deutschland weiter steigen. „Wir haben alle Techniken, um die Energiewende zu stemmen“, unterstrich Kreitmeier. Allerdings würden die Möglichkeiten gerade bei der Energieeinsparung nicht voll ausgeschöpft.

Den Schwerpunkt des zweiten Veranstaltungstages bildete die Novellierung der TA Luft. Der Prozess wird im Jahr 2015 intensiviert, mit dem Ziel, diesen im Jahr 2017 abzuschließen. Die geänderten Anforderungen der TA Luft zusammen mit Einbeziehung der BVT-Schlussfolgerungen werden eine Vielzahl von Anlagen betreffen. Eckpunkte und erste Entwürfe wurden präsentiert und aus Sicht des Anlagenbaus und der Industrie diskutiert.

Wie Hans-Peter Ewens vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Bonn, erläuterte, enthalte die TA Luft als sog. normenkonkretisierende Verwaltungsvorschrift eine unmittelbare Außenwirkung; damit sei sie für Anlagenbetreiber und die betroffene Öffentlichkeit von ganz erheblicher Relevanz. Die TA Luft 2002 entspreche in Teilen nicht mehr dem Stand der Technik, weil dieser sich weiter entwickelt hat.

Know-how in der Umweltschutztechnik

Hohe Umweltstandards seien Grundlage für das heute bereits vorhandene umfangreiche Know-how in der Umweltschutztechnik in Deutschland, deren Weiterentwicklung auch zukünftig Vorteile für die heimische Industrie sichern wird. Um weiterhin dem Anspruch eines fortschrittlichen, vollzugsvereinheitlichenden und entbürokratisierenden Regelwerkes gerecht zu werden, sei eine Anpassung und Fortschreibung geboten.

Die weiteren Themen Stoffeinträge in die Umwelt, Umsetzung der 41. BImSchV in der Praxis, Dichtigkeitsnachweis von Biogasanlagen und Geräuschkontingentierung in der Bauleitplanung rundeten das umfangreiche und vielfältige Programm ab. **DK**

die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Regionen realisiert werden.

In diesem Zusammenhang steht auch die Forderung des bvse, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass gewerbliche Sammelstrukturen in den EU-Mitgliedstaaten erhalten, ausgebaut bzw. aufgebaut werden, soweit europäische Investitionszuschüsse zum Aufbau von Sammelsystemen sowohl in Metropolen als auch in ländlichen Regionen, gerade auch für kleine und mittlere Unternehmen, zu gewähren“, so Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock.

Die Politik der Europäischen Union sollte sich nicht nur an der richtigen Zielsetzung für mehr Kreislaufwirtschaft, Recycling und Ressourceneffizienz orientieren, sondern sich für einen fairen ordnungspolitischen Rahmen für Markt, Wettbewerb und internationalen Handel einsetzen. „Die Ziele sind nur erfolgreich zu realisieren, wenn wir sie mit und nicht gegen die Marktregeln durchsetzen“, zeigt sich Rehbock überzeugt und betont, dass Staatswirtschaft und Protektionismus einen Irrweg darstellen würden. **□**

Private Entsorgungswirtschaft:

Starker Partner der Kommunen

GZ-Interview mit VBS-Präsident Otto Heinz
zu Rekommunalisierungstendenzen in der bayerischen Abfallwirtschaft

Immer mehr bayerische Landkreise rekommunalisieren die Entsorgung. Wurden 2010 im Freistaat noch 85 Prozent der Umsätze des Geschäfts mit Abfallsammlung und Recycling von privaten Unternehmen erwirtschaftet, ist dieser Anteil mittlerweile deutlich zurückgegangen. Über Ursachen dieser Entwicklung sowie aktuelle Konsequenzen sprach GZ-Chefin vom Dienst Doris Kirchner mit dem Präsidenten des Verbandes der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e. V. (VBS), Otto Heinz.

GZ: Sammlung, Entsorgung und Recycling werden von immer mehr Gebietskörperschaften übernommen. Das Stück Kuchen, das für die privaten mittelständischen Entsorgungsbetriebe bleibt, wird zunehmend kleiner. Worin liegen die Ursachen?

Heinz: Kommunen argumentieren damit, dass sie angeblich kostengünstiger entsorgen – Stichwort Umsatzsteuerprivileg, Personalkosten und günstige Finanzierungsmöglichkeiten – und eine hochwertige Leistung bieten. Zudem ist ihrer Auffassung nach ungewiss, welcher Dienstleister im Falle einer Ausschreibung den Auftrag bekommt und ob dieser leistungsfähig ist. Hier werden ganz klar Ängste geschürt. Hinzu kommt, dass dort, wo bereits ein Kommunalbetrieb besteht, die Wahrscheinlichkeit einer Rekommunalisierung relativ hoch ist. Hier geht es schlicht und ergreifend auch ums Prestige. Letztlich spielt man Unternehmer ohne Risiko. Das ist die Tendenz, die bedauerlicherweise in vielen Teilen der Kommunalwirtschaft Einzug hält.

GZ: Halten diese Gründe einer kritischen Überprüfung stand?

Heinz: Ich wage zu bezweifeln, dass die Entsorgungskosten niedriger sind. Das Mehrwertsteuerprivileg mag ein Grund für eine Rekommunalisierung sein, allerdings holen die privaten

Unternehmen dies über die Effizienz wieder herein. Auch glaube ich nicht, dass die Qualität besser ist; schließlich kann man Qualitätskriterien in vernünftige Ausschreibungen einfließen.

GZ: Wichtig ist aus Sicht des VBS die Gestaltung der öffentlichen Ausschreibung, die nicht nur auf den Preis allein setzt. Vor diesem Hintergrund haben der Bayerische Landkreistag, der Bayerische Städtetag, das Auftragsberatungszentrum Bayern und der VBS 2012 eine Neufassung der gemeinsamen „Orientierungshilfen bei öffentlichen Ausschreibungen in der Entsorgungsbranche“ veröffentlicht. Können Sie diese näher erläutern?

Heinz: Zunächst einmal muss man sich vor einer Ausschreibung Gedanken über jene Ansprüche machen, die man erfüllen haben möchte. Das Vergaberecht lässt gewisse Spielräume bei den Anforderungen zu und thematisiert auch das kostengünstigste Angebot. Prinzipiell ist der Preis natürlich das einfachste und transparenteste Entscheidungskriterium. Wer aber nur auf den Preis achtet, bekommt auch nur das billigste Angebot und das ist sicher nicht immer das Beste. Insofern macht es Sinn, Qualitätskriterien einzufordern. Letztlich geht es um hochwertige Qualität, hochwertige Ökologie und hochwertige Sozialstandards. Wendet man als ausschreibende

Stelle die empfohlenen Qualitätskriterien an, kann man vermeintliche Risiken stark minimieren. So kann man beispielsweise in der Ausschreibungsphase verschiedenste Nachweise von den Bietern verlangen, um deren finanzielle bzw. wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu überprüfen.

GZ: Können Sie Beispiele nennen?

Heinz: Zertifizierungen und



Otto Heinz.

die Beschreibung über die Art und Weise der Durchführung zählen ebenso zu den klaren Festlegungen in der Leistungsbeschreibung der Ausschreibung wie beispielsweise eine Entlohnung zumindest auf Niveau des Branchenmindestlohns (8,94 Euro/h), der Einsatz von ortskundigem Personal, neuwertige Abfallbehälter, die der aktuellen EU-Norm entsprechen, Fahrzeuge nach dem neuesten Stand der Technik oder die telefonische Erreichbarkeit der Müllfahrzeuge, um Reklamationen unverzüglich zu bereinigen. Sinn-

voll erscheint uns auch der Einsatz einer Wertungsmatrix, damit nicht der Preis das einzige Zuschlagskriterium ist. Allgemein gilt in der Ausschreibung die Forderung nach detaillierten Entscheidungsplänen. Dies ist ein wesentlicher Punkt.

GZ: Welche Anforderungen stellt der Kunde grundsätzlich an die kommunale Entsorgung?

Heinz: Vor dem Hintergrund, dass sich ein Dienstleistungsvertrag über drei bis zehn Jahre erstreckt und über diesen Zeitraum eine Dienstleistung täglich sauber erbracht werden muss, ist der Wunsch nach Kontinuität sicherlich ein herausragendes Kriterium. Auch spielt der Faktor Qualität eine wichtige Rolle; dazu gehört, dass Behälter nicht vergessen werden dürfen. Tatsache ist: Im Mittelpunkt muss der Bürger stehen; er hat einen Anspruch darauf, dass ihm für die von ihm gezahlten Gebühren ein optimales Preis-Leistungsverhältnis geboten wird.

GZ: Wie sind die Auswirkungen insbesondere auf viele kleinere und mittlere Entsorgungsunternehmen, sollte die Entwicklung hin zur Rekommunalisierung weiter voranschreiten?

Heinz: Für jene, die regional begrenzt sind, hätte das zur Folge, dass ein wesentlicher Teil des Geschäfts – wir sprechen hier von 50 bis 80 Prozent der Umsätze – wegfällt. In Miesbach und im Landkreis Rosenheim beispielsweise mussten Mitgliedsbetriebe schließen, die stark vom Kommunalgeschäft abhängig waren. Im aktuellen Fall des ZAW Donau-Wald, der zuletzt die Rekommunalisierung seines gesamten Zweckverbandsgebietes ab dem Jahr 2016 beschlossen hatte, sind 50 % der Mitarbeiter des beauftragten Unternehmens betroffen. Das kann bis zur Existenzfrage führen.

GZ: Blicken wir konkret auf den Fall ZAW Donau-Wald. Nun sind Sie ja als mittelständischer Unternehmer von dieser Entscheidung ganz persönlich betroffen...

Heinz: Die Firma Heinz Umweltservice mit Hauptsitz in Moosburg ist an 13 Standorten in Ober- und Niederbayern mit 470 Mitarbeitern in der Abfallverwertung und -entsorgung tätig – im Bereich des ZAW Donau-Wald seit 2011 unter anderem auch im Landkreis Deggendorf. Meine Firma hat in den vergangenen Jahren eine nachweislich hervorragende Dienstleistungsqualität geboten und zudem qualifizierte Arbeitsplätze am Standort Innereis geschaffen. Nun ist unklar, wie es dort

weitergeht. Betroffen sind also sowohl mein Unternehmen als auch ich ganz persönlich, denn die Grundfesten meines freiheitlichen Denkens sind erschüttert. Faire Wettbewerbsbedingungen für kommunale und private Unternehmen: Das ist mein Credo.

GZ: Der VBS hat ja nun in letzter Zeit Politik und Gesellschaft vermehrt auf die bedrohliche Situation aufmerksam gemacht...

Heinz: Nachdem der Trend zur Rekommunalisierung in den vergangenen Jahren immer offensichtlicher wurde, haben wir als VBS versucht, das Thema in vielen Gesprächen rational an den Politiker zu bringen. Nachdem das Thema nochmals an Dynamik gewonnen hatte, -entschlössen wir uns, offensiver die Öffentlichkeit zu suchen. Wir haben die Rekommunalisierung als Hauptthema unseres Verbandes ausgewählt und erste Aktionen gestartet.

GZ: Können Sie dies näher erläutern?

Heinz: Beim kleinen CSU-Parteitag in Bamberg demonstrierte der Verband und zahlreiche Mitglieder mit ca. 20 Fahrzeugen lautstark und öffentlichkeitswirksam gegen weitere Eingriffe in die Privatwirtschaft. Das Motto lautete: Mittelstand erhalten! Verstaatlichung stoppen! Bemerkenswert war auch die Resonanz auf eine vom VBS veranstaltete Podiumsdiskussion in Passau mit zahlreichen Politikern und knapp 100 Gästen. Hintergrund hierfür war die bereits angesprochene Rekommunalisierung der Müllabfuhr im ZAW Donau-Wald.

Aktuell sind wir dabei, vom Institut der Wirtschaft (IW) eine Studie erstellen zu lassen, die die Gründe für den privaten bzw. kommunalen Betrieb eingehend durchleuchtet. Auch die Gebührenentwicklung in den Landkreisen wird untersucht. Ergebnisse der Studie werden im Herbst vorliegen und im Rahmen unserer im Oktober stattfindenden Jahrestagung in Bamberg präsentiert.

GZ: Für entsprechenden Rückenwind dürfte auch eine Emnid-Umfrage im Auftrag des VBS sorgen.

Heinz: Laut Umfrage befürchten 65 % der Bürger tendenziell steigende Gebühren durch eine mögliche Rekommunalisierung der Müllabfuhr und zeigen sich zufrieden über den Service ihres Müllentsorgers. Rundum erfreulich hingegen ist die Tatsache, dass sich 97 % der befragten Bürger aus ganz Bayern „sehr zufrieden“ oder „eher zufrieden“ über den Service ihres Müllentsorgers äußern. Ohnehin gibt es eine eindeutige Mehrheit

von Landkreisen und Kommunen, die sich sehr zufrieden über die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft auf dem Feld der Entsorgung äußern. Speziell die Politik in Bayern lobt seit Jahren diese hervorragende Kooperation.

GZ: Hat die VBS-Offensive der vergangenen Wochen und Monate grundsätzlich Wirkung gezeigt?

Heinz: Das Thema ist mittlerweile in der Politik präsent. Die Offenheit für Gespräche ist vorhanden. In den Landkreisen Miltenberg und Garmisch-Partenkirchen bringen wir uns derzeit sehr stark in die Diskussion ein. Hier stehen wir mit Abgeordneten in Kontakt.

GZ: Inzwischen liegt ein Hauptgutachten der Monopolkommission zum Thema Rekommunalisierung vor. Wie bewerten Sie das Gutachten bzw. die Positionierung der Regierung?

Heinz: Die Bundesregierung stimmt der Monopolkommission dahingehend zu, dass die kommunalen Entsorgungsleistungen ausschreiben sollten – nicht zuletzt, um ein hohes Qualitätsniveau sicherzustellen. Zudem teilt sie die Befürchtung, dass die Übertragung der Organisationsverantwortung für die Erfassung und Verwertung von Verpackungsabfällen auf die kommunalen Entsorgungsträger zu ineffizienten Organisationsstrukturen, einem Verlust an Innovationsfähigkeit und somit letzten Endes höheren Entsorgungskosten für die Bürger führen würde. Im Klartext heißt das: Die Wirtschaftstätigkeit der Kommunen soll eingegrenzt werden. Diese Aussagen der Monopolkommission führen also genau in unsere Richtung.

GZ: Auch die Ausgestaltung des Wertstoffgesetzes ist für Sie ein drängendes Thema, geht es doch um die Organisationshoheit über die Verpackungen.

Heinz: Hier bringt sich der VBS ein, weil er befürchtet, dass insbesondere die Verantwortung für die Sammlung auf die Kommunen übergehen soll. Aktuell liegt ein Gesetzentwurf zur Modernisierung des Vergaberechts vor.

Unsere Meinung dazu ist, dass die Ausgestaltung der interkommunalen Zusammenarbeit und die Inhouse-Vergabe im klaren Gegensatz zu unseren Interessen und im Widerspruch zu Aussagen der Monopolkommission stehen. Es gibt keinen Grund, dass dieselbe Bundesregierung nun ein Gesetz diskutiert, das de facto zu einer Verdrängung privater Entsorgungsdienstleistungen durch die öffentliche Hand führt. **DK**

bvse-Altkunststofftag in Bad Neuenahr:

Es wird darum gehen, mehr zu recyceln!

Mehr als 450 Experten, Unternehmer und Praktiker besuchten Mitte Juni den 18. Internationalen Altkunststofftag in Bad Neuenahr, der sich einmal mehr als zentraler Branchentreff für das Kunststoffrecycling in Europa präsentierte.

Gleich zu Beginn der Tagung räumte bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock ein weit verbreitetes Missverständnis aus dem Weg und stellte klar: „Es müssen keine Märkte für das Kunststoffrecycling geschaffen werden. Die gibt es längst und diese Märkte funktionieren hervorragend, auch wenn wir uns freuen würden, wenn die öffentliche Hand und auch die Privatwirtschaft noch viel offensiver auf Recyclingprodukte setzen würden. Unser Hauptproblem ist vielmehr, dass die Kunststoffrecycler mehr Material benötigen, und zwar möglichst Material in ausreichender Qualität.“

Unterstützung für seine Einschätzung fand er bei Herbert Snell, Vizepräsident beim bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung. Er berichtet von großen Schwierigkeiten der Recycler, genügend und geeignetes Inputmaterial für ihre Anlagen zu generieren. Snell: „Derzeit müssen wir im Ausland unsere Rohstoffe beschaffen. Das geht so lange gut, bis dort eine Recyclingindustrie aufgebaut ist. Dann sitzen wir auf dem Trockenen und müssen unsere Anlagen schließen.“

Doch wie könnte eine Lösung aussehen? Die Recycler sind sich durch die Bank einig: Nur ein relativ kleiner Teil der Kunststoffabfälle wird in Europa tatsächlich recycelt, so eine aktuelle Studie.

Viel zu viele Kunststoffabfälle gehen in die Verbrennung. So werden wertvolle Ressourcen verschwendet. Deshalb soll versucht werden, dem konsequent entgegenzuwirken – europaweit.

Ton Emans, Präsident von Plastics Recyclers Europe, wies darauf hin, dass die Akzeptanz für die Verbrennung in Europa niedrig sei. Trotzdem würden mehr als neun Millionen Tonnen Kunststoff im Jahr verbrannt. „Die Philosophie der Verbrennung ist nicht in Ordnung. Verbrennung sollte man teurer machen.“ Er zeigte sich zuversichtlich, dass die Verbrennung von Abfällen zukünftig besteuert werden wird. „Es wird darum gehen, mehr zu recyceln“, betonte der Präsident von Plastics Recyclers Europe. Ein weiterer Lösungsansatz wurde in Bad Neuenahr diskutiert: So wurde gefordert, dass vieldiskutierte Wertstoffgesetz endlich zu verabschieden.

Dr. Oliver Möllenstädt vom Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e.V. führte dazu aus, dass auch mit einem Wertstoffgesetz die Produktverantwortung beibehalten werden müsse. Die bewährte Praxis der Rücknahme von Leichtverpackung könne dann so wie bisher erhalten bleiben. Als zentralen Punkt für die Kunststoffrecycler bezeichnete er, dass die hochwertige Materialtrennung sichergestellt werde. Außerdem, so Möllenstädt, müsse eine

möglichst vollständige Sortierung und Aufbereitung der gemeinsam erfassten Stoffströme mit dem Ziel marktgerechter Qualitäten auch für Sekundärrohstoffe gewährleistet werden.

Ein klares Signal für ein Wertstoffgesetz gab der zuständige Abteilungsleiter im Bundesumweltministerium, Dr. Helge Wendenburg: „Wir glauben, dass wir im Herbst den Referentenentwurf vorlegen, und dann können Sie davon ausgehen, dass es nicht mehr lange dauern wird. Wir werden jedenfalls klare Regeln haben für die dualen Systeme, klare Regeln für die Produkte, für die Lizenzentgelte. Wir wollen auch die Lizenzentgelte koppeln an die Recyclingfähigkeit der verwendeten Waren. Das muss ein ganz wichtiger Punkt sein, damit wir Recycling stärken können, und wir wollen die Aufsicht deutlich stärken.“

Eines machte der bvse-Altkunststofftag aber auch deutlich: Recycling spielt weltweit eine immer größere Rolle. Das zeigte sich auch durch den Besuch von Ranjit Baxi, dem Präsidenten des Weltverbandes der Recyclingindustrie (BIR).

Ranjit Baxi, Präsident des BIR: „Schaut man auf die Entwicklungen in den europäischen Ländern wie Deutschland, dem Vereinigten Königreich oder Frankreich und auf entstehende Märkte mit Bedarf an Kunststoffen wie China, Indien oder Indonesien, wird deutlich, wie wichtig Networking auf Kongressen wie dem Internationalen Altkunststofftag des bvse ist.“

Perfekter Stoffkreislauf für Aluminium

Innovatives Verfahren im Kurzfilm portraitiert

In der perfekten Kreislaufwirtschaft wird ein Produkt am Ende seiner Nutzungsphase komplett weiterverwertet, aus seinen Bestandteilen entsteht ein neues Produkt. Damit diese Vision Realität wird, ist es notwendig, Produkte so fein wie möglich in ihre Einzelkomponenten zu trennen, um die Materialien sortenrein wiederverwenden zu können.

Beim Recycling von Aluminiumfensterrahmen ist die Firma Hydro Aluminium Recycling Deutschland GmbH der perfekten Kreislaufwirtschaft ein Stück näher gekommen, wie der neue Film des VDI Zentrums Ressourceneffizienz zeigt: Eine neue Schredderanlage trennt nach einer genauen Analyse der geschredderten Aluteile die einzelnen Legierungen so akkurat, dass das Recyclingaluminium wieder in den Stoffkreislauf zurück geführt werden kann.

Möglichst sortenreine Trennung

Da Aluminium in einer Vielzahl unterschiedlicher Legierungen eingesetzt wird, ist eine möglichst

sortenreine Trennung für ein umfassendes Recycling essentiell. Die Schredderanlage setzt dafür eine spezielle Röntgenanlage und verschiedene Siebverfahren ein.

Durch die sortenreine Metalltrennung können pro Jahr 30.000 Tonnen hochwertigen Aluminiums zurück gewonnen und der CO₂-Ausstoß dadurch um mehr als 200.000 Tonnen reduziert werden. Diese Schlüsseltechnologie wurde im Rahmen des Umweltinnovationsprogramms des Bundesumweltministeriums gefördert.

Der Kurzfilm „Perfekter Stoffkreislauf für Aluminium“ ist ab sofort auf dem YouTube-Kanal des VDI Zentrums Ressourceneffizienz, „Ressource Deutschland TV“ oder auf der Website www.ressource-deutschland.tv zu sehen

(Direktlink: www.hyperurl.co/aluminium)

Über das VDI Zentrum Ressourceneffizienz

Die VDI Zentrum Ressourceneffizienz GmbH (VDI ZRE) ist ein Unternehmen der VDI-Gruppe, das schwerpunktmäßig im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit arbeitet und aus der Nationalen Klimaschutzinitiative finanziert wird. Es hat die Aufgabe, Informationen zu Umwelttechnologien und material- und energieeffizienten Prozessen allgemein verständlich aufzubereiten. Ziel ist es, vor allem kleine und mittlere Unternehmen bei der Steigerung ihrer Ressourceneffizienz zu unterstützen. Sämtliche Instrumente des VDI ZRE zur Bewertung und Darstellung von Ressourceneffizienzpotenzialen sind auf der Webseite www.ressource-deutschland.de frei zugänglich. **DK**

„Ungeheuerliche Geschichtsvergessenheit“

Staatsarchiv: Verlagerungspläne nach Kitzingen stoßen auf massive Kritik

Würzburg. Alle Bereiche seiner Ortsgeschichte zu erforschen, dieser Aufgabe nimmt sich der „Förderverein Sailauf für Heimat und Geschichte“ im Landkreis Aschaffenburg an. Die forschenden Mitglieder führt der Weg oft nach Würzburg, wo das Staatsarchiv angesiedelt ist. Das soll nach dem Willen von Heimatminister Markus Söder nun nach Kitzingen verlagert werden. Für die Sailauer Initiative wäre dies eine Katastrophe, so Petra Bernesch: „Unser kleiner Verein müsste dann seine Forschungen einstellen.“

Wer immer in Unterfranken mit Geschichtsforschung zu tun hat, sei es als professioneller Historiker, als Geschichtslehrer oder Heimatforscher, schüttelt über die „Heimatstrategie“ der Staatsregierung den Kopf. Denn die Standortverlagerung basiert auf keinem fachlichen Fundament. Sie sei ausschließlich strukturpolitisch motiviert, versicherten die beiden Würzburger Landtagsabgeordneten Kerstin Celina (Grüne) und Georg Rosenthal (SPD), die zu einem Bürgergespräch über die Verlagerung des Staatsarchivs eingeladen hatten. Die Regionalisierung der Verwaltung soll vorangetrieben, Kitzingen gestärkt werden. Anscheinend egal, womit.

Das Würzburger Staatsarchiv wird von Gymnasiasten aus ganz Unterfranken, Geschichtsinteressierten wie Petra Bernesch sowie von zahlreichen Historikern rege genutzt. So vergeht kaum ein Tag, an dem der Kirchengeschichtler Winfried Romberg sein Arbeitszimmer in der Uni am Würzburger Sanderring nicht verlässt und ins Archiv geht, um dort Quellenrecherche zu betreiben. Romberg ist mit einem umfangreichen Forschungsprojekt beschäftigt, der „Germania sacra“.

Seit 1917 wird an diesem Projekt gearbeitet. Rombergs Aufgabe besteht seit 2007 darin, die Geschichte der Würzburger Fürstbischöfe zu erforschen. Finanziert wird sein Teilprojekt innerhalb der „Germania sacra“ hauptsächlich von der Diözese Würzburg mit einer festgelegten Summe. Müsste er täglich für seine Recherchen nach Kitzingen fahren, würde eine Menge Zeit verlorengelassen, so Romberg: „Das macht meinen Forschungskuchen kleiner.“

Bedenken

Wolfgang Weiß, Inhaber der Professur für Fränkische Kirchengeschichte, untermauerte die Bedenken seines Kollegen. Gerade für Kirchenhistoriker sei das Staatsarchiv von essenzieller Bedeutung: „So kann die Geschichte der Klöster nur dort erforscht werden.“ Würde das Archiv, wie verlautete, in ein Bürogebäude im Kitzinger Innopark verlagert, würde dies tägliche Arbeitszeitverluste von bis zu zwei Stunden für jeden Forscher, der das Archiv benötigt, mit sich bringen.

Auch der Personalrat des Staatsarchivs, der 13 Beschäftigte vertritt, ist mit der Verlagerung nicht einverstanden. „Sie ist einfach unsinnig“, äußerte er sich. Würzburger Kulturreferent Muchar Al Ghusain konnte nach der jüngsten einstündigen Expertendiskussion in Würzburg Söders Pläne ebenfalls nicht mehr nachvollziehen: „Hier wurde vielleicht vorschnell ohne Konsultation der Fachleute eine Entscheidung getroffen.“

Zerstört wurde bei der Diskussion das Argument, dass immer mehr Archivalien digitalisiert würden, so dass sie vom Büro des Forschers via PC einsehbar werden. Doch damit geht es nur langsam voran. Acht Millionen archivalische Einheiten wie Urkunden, Akten oder Rechnungsbücher sind im Staatsarchiv zu digitalisieren. 900 wurden erst digitalisiert. Doch selbst, wenn der ge-

ließend Quellenstudien zu betreiben. So können sie die Residenz als Bauwerk analysieren und hinterher deren Entstehungsgeschichte aus den Akten des Staatsarchivs nachvollziehen. „In Kitzingen wären wir weit weg von unseren Studienobjekten“, so der emeritierte Kunstgeschichtspräsident Stefan Kummer.

„Es geht nicht nur um die Verlagerung von 13 Arbeitsplätzen“, unterstrich Würzburgs Stadtheimatpfleger Hans Steidle. Das Staatsarchiv gehört für ihn zum „kulturellen Erbe“ Würzburgs. Dass sich die Stadt gegen die Verlagerung nicht vehement wehrt, stieß nicht nur bei ihm auf Unmut. „Die Frage ob eine Verlagerung fachlich sinnvoll ist, wurde im Stadtrat gar nicht erörtert“, bemerkte Würzburgs SPD-Fraktionsvorsitzender Alexander Kolbow.

Besonders deutlich wurde Wolfgang Riedel, Vizepräsident

Einzigartige Gelegenheit

Auch Würzburgs Kunsthistoriker können sich eine Verlagerung nicht vorstellen. Sie haben in Würzburg die einzigartige Gelegenheit, Bau- und Kunstwerke im Original zu studieren und ansch-

Neues Image am Fahnenmast

City Branding macht Kommunen zu Marken
Auch kleinere Gemeinden können profitieren

Ottostadt Magdeburg - seit fünf Jahren blicken die Bewohner der sachsen-anhaltinischen Hauptstadt stolz auf die Geschichte ihrer Heimat. Mit weitreichenden Folgen: Wollten vor Beginn der Kampagne noch viele Magdeburger wegziehen, ist die Stadt inzwischen bei ihren Einwohnern beliebt. Ein Beispiel für erfolgreiches City Branding, wie Fachleute den Prozess nennen. Doch auch für kleinere Kommunen führt im harten Kampf um Einwohner, Investoren und Touristen kein Weg an einer Markenstrategie vorbei.

Entscheidend für den Erfolg des City Branding: ein einprägsamer Auftritt, etwa mit den passenden Fahnen. „Ein zugkräftiger Slogan, den man sich gut merken kann, ist wichtig, entscheidend ist aber vor allem das, was man sehen kann“, sagt Florian Englmaier, Geschäftsführer von der Diözese Würzburg mit einer festgelegten Summe. Müsste er täglich für seine Recherchen nach Kitzingen fahren, würde eine Menge Zeit verlorengelassen, so Romberg: „Das macht meinen Forschungskuchen kleiner.“

Ein erfolgreicher Brandingprozess lässt nach Einschätzung von Experten eine Kommune zu einem Ort werden, den man gerne besucht und in dem man gerne lebt. City Branding muss daher weiter gehen als das übliche Stadtmarketing. An erster Stelle steht die Einbindung der Bevölkerung: Wird der Prozess nicht von Einwohnern und der örtlichen Wirtschaft getragen, kann er seine gewünschten positiven Effekte nicht zeigen. Experten halten es für wichtig, die Eigenheiten der Stadt herauszuarbeiten, etwa mit Umfragen. Die so gefundenen Symbole und Ideen müssen dann breit transportiert werden. Idealerweise kommt eine Dynamik in Gang, die von der Bevölkerung getragen wird.

Mit Werbebroschüren und einem guten Internetauftritt ist es daher nicht getan. „Banner, Fahnen, Wimpel und Arbeitskleidung für die kommunalen Angestellten gehören für uns dazu“, sagt Fahnenexperte Englmaier. „Wir raten unseren Kunden, daran zu denken, dass das Image einer Kommune dann glaubwürdig transportiert wird, wenn auch an vermeintlich unwichtige Kleinigkeiten gedacht wird.“ Schließlich kann ein Markenprozess Leben in die Stadt bringen. Wie in Magdeburg: Das Kaiser-Otto-Fest wird gefeiert, der Kaiser-Otto-Preis wird verliehen, mit dem Otto-von-Guericke-Stipendium ausländische Studenten unterstützt.

Magdeburg macht mit seiner Markenkampagne überregional auf sich aufmerksam. Kleinere Kom-

munen sollten sich nach Einschätzung von Experten eher auf Zielgruppen in der Region besinnen. Ein Alleinstellungsmerkmal sei immer zu finden, sagt Englmaier.

Fahnen Kössinger versteht sich als Dienstleister für den perfekt auf die Kommune zugeschnittenen Auftritt und begleitet seine Kunden bei der Entwicklung eines neuen Auftrittsganzheitlich. Ein abteilungsübergreifender An-

sprechpartner stellt sicher, dass alle Fragen beantwortet werden können. Unsere Stärken sind Kenntnisse in Grafik, Logogestaltung, Verarbeitung und das besondere Gefühl für Bilder“, sagt Englmaier. Ob Siebdruck oder digitaler Druck – das Unternehmen bietet seinen Kunden die jeweils passende Technik für den gewünschten Einsatz. Zudem verfügt das Traditionsunternehmen über eine eigene Stickerei, so dass auch besonders hochwertige repräsentative Fahnen oder aufgestickte Embleme auf der Arbeitskleidung möglich sind. Dank der flexiblen Produktion sind sowohl Einzelstücke als auch Großaufträge mit ein paar Tausend Stück möglich. □

Angemessene Vergütung

Gemeinsamer Brief aus sieben Landkreisen
an Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe

Die Landräte der Landkreise Heidenheim, Neu-Ulm, Günzburg, Ostalbkreis, Donau-Ries, Dillingen und Alb-Donau-Kreis machen sich gemeinsam bei Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe für eine angemessene Vergütung für ambulante Leistungen der Zentralen Notaufnahmen stark. Sie fordern zudem eine Gesundheitsreform, die eine nachhaltige und solide Finanzierung der Kliniken in kommunaler Trägerschaft sicherstellt, um „den Kollaps des Gesundheitswesens in ländlichen Regionen“ zu vermeiden.

„Die chronische Unterfinanzierung der Zentralen Notaufnahmen ist nicht unmaßgeblich dafür verantwortlich, dass Kliniken in kommunaler Trägerschaft in aller Regel nicht mehr wirtschaftlich geführt werden können“, machen die Landräte Thorsten Freudenberger, Hubert Hafner, Klaus Pavel, Stefan Röbke, Leo Schrell, Heinz Seiffert und Thomas Reinhardt deutlich.

In ihrem gemeinsamen Schreiben weisen sie darauf hin, dass es im Wesentlichen die Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft sind, die flächendeckend zu einer qualitativ hochwertigen und vor allem wohnortnahen medizinischen Versorgung beitragen. „Grundvoraussetzung dafür ist jedoch die Vorhaltung einer Zentralen Notaufnahme, die rund um die Uhr die qualifizierte Aufnahme von stationär verbleibenden Notfallpatienten als auch eine ambulante Notfallversorgung gewährleistet.“

Doch aufgrund der mangelhaften Vergütung gelinge es trotz eines sehr hohen beruflichen und persönlichen Engagements des beteiligten Personals seit einiger Zeit

der Uni Würzburg, in seiner Kritik: „Hat diese Stadt keinen Mumm in der Hose, dass sie sich ihr eigenes Erbe einfach so wegnehmen lässt?“, empörte er sich: „So viel Geschichtsvergessenheit gibt es doch gar nicht.“ Das wollte er allerdings nur als Bürger Würzburgs gesagt haben: „Denn die Uni ist neutral.“ Pat Christ

Stichwort: Staatsarchiv

Das Staatsarchiv Würzburg zählt zu den größten Staatsarchiven in Bayern. Es weist die wichtigsten und ältesten Bestände an Kaiserurkunden auf. Mit einer Urkunde Karls des Großen aus dem Jahr 777 beherbergt es die älteste Kaiserurkunde in Bayern. Daneben finden sich im Staatsarchiv auf insgesamt 24 Regalkilometern historische Akten, Rechnungsbücher, Landkarten und Pläne, adelige Familienarchive, Gestapo-Akten sowie die Archivaliensammlung des „Historischen Vereins“ (heute „Freunde mainfränkischer Kunst und Geschichte“). Die historischen Bestände umfassen an ein staatlichem Schriftgut das ehemalige Fürstbistum Würzburg sowie Kurmainz (komplett bis 1803) und das Großherzogtum Frankfurt (bis 1814). pat

750 Jahre Tennenlohe:

Lebenswertes Stück fränkischer Heimat

Festakt mit Kommunalminister Joachim Herrmann

Mit zahlreichen Veranstaltungen feiert der Erlanger Stadtteil Tennenlohe in diesem Jahr sein 750. Jubiläum. Der Name „Tennenlohe“ trägt die Bedeutung einer „Siedlung bei den Tannen an den Sumpfwiesen“. Der damalige Ort wuchs zunächst als Dorf weiter heran, bis es sich 1972 mit Erlangen zusammenschloss.

Höhepunkt des Festjahres war ein Jubiläumswochenende im Juni, zu dessen Auftakt die Böllerschützen der Schützengemeinschaft Tennenlohe ihre Vorderlader krachen ließen. Zudem fand ein Bürger-Königschießen statt und bei einem Rundgangspiel konnte man den Ort näher erkunden. Ein Sonnenwendfeuer auf der Festwiese stand ebenso auf dem Programm wie ein ökumenischer Gottesdienst mit anschließendem Frühshoppen. Verabschiedet wurde der letzte Tag der feierlichen Jubiläumsveranstaltung mit einem großen Festzug, an dem mehrere Tennenloher Vereine, Gruppierungen und Firmen teilnahmen.

Gemeindegeschichte

Grüßworte vom Ortsbeiratsvorsitzenden Rolf Schowalter, von Alt-Bürgermeister Adolf Most, dem Schirmherrn für das Jubiläum OB Florian Janik und Staatsminister Joachim Herrmann standen auf der Agenda eines Festakts auf der Tennenloher Festwiese, in dessen Rahmen auch das Buch zur Geschichte der Gemeinde von Adolf Most vorgestellt wurde. Für den Festvortrag konnte Stadtarchivar Andreas Jakob gewonnen werden.

Dynamische Entwicklung

Kommunalminister Joachim Herrmann hob die wechselvolle Geschichte und dynamische Entwicklung des Ortes hervor: „Heute präsentiert sich Tennenlohe lebendig und vital. Viele mittelständische und international agierende Unternehmen sind hier zuhause.“ Mit seinen 750 Jahren sei Tennenlohe „ein liebens- und lebenswertes Stück unserer fränkischen Heimat. Hier verbindet sich hohe Lebensqualität mit Innovation und Tradition. Zu Ihrem großen Jubiläum gratuliere ich Ihnen allen ganz herzlich!“, so Herrmann.

Beste Rahmenbedingungen

Nach seinen Worten bietet Tennenlohe heute beste Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Unternehmen. „Die zahlreichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Forschungszentrum AudioLabs machen Tennenlohe auf dem Gebiet der Multimedialechnik zu einem internationalen Wissenschaftsstandort“, konstatierte der Minister. Bei der Ansiedlung solcher Einrichtungen profitiere der Erlanger Stadtteil auch von der hervorragenden Lage an der A 3 und B 4.

Eigenes Flair

Die früher selbständige Gemeinde Tennenlohe wurde 1972 im Zuge der Gebietsreform in die Stadt Erlangen eingegliedert. „Das ihm eigene Flair hat Tennenlohe aber bis heute nicht verloren“, betonte Herrmann. Besonders lobte er das vielfältige Vereinsleben vor Ort: „Seit fast 140 Jahren sorgen die Ehrenamtlichen der Freiwilligen Feuerwehr mit ihrem unermüdeten Einsatz für die Sicherheit ihrer Mitmenschen. Ihnen und

allen anderen Bürgerinnen und Bürgern von Tennenlohe wünsche ich, dass Sie Ihre Erfolgsgeschichte kraftvoll und mit Weitblick fortsetzen.“

Skulpturenachse

Zwar ist das Festwochenende nun vorbei, jedoch sind die Feiern zum Jubiläumsjahr noch lange nicht abgeschlossen. Bis zum Jahresende sind zahlreiche weitere Veranstaltungen wie die Eröffnung der Skulpturenachse im Sebalder Reichswald mit einem Kunstwerk aus Erlangens Partnerstadt Riverside, historische Führungen durch den Ort, Ausstellungen zur Geschichte der Tennenloher Landwirtschaft und zur Ortsgeschichte sowie einer Ausstellung von Tennenloher Künstlern geplant. DK

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Röbke

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 49 vom 01.01.2015

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

IBAN: DE 3872 2515 2000 1002 1566

BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE 9673 4600 4600 0014 4320

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Schnelle und wohnortnahe Hilfe für Menschen in seelischer Not

Bezirk Oberbayern baut Psychiatrischen Krisendienst schrittweise in ganz Oberbayern auf

Einen Meilenstein für die Versorgung psychiatrischer Krisenfälle hat der Sozial- und Gesundheitsausschuss des oberbayerischen Bezirkstags gesetzt: Das Gremium beschloss bis 2019 den schrittweisen Aufbau eines Krisendienstes für psychiatrische Notfälle in ganz Oberbayern. Die ersten Schritte werden bereits ab Juli eingeleitet. Das Angebot wird zunächst als Projekt über fünf Jahre in der Praxis erprobt. Der seit 2007 bestehende Krisendienst München wird in der neuen Organisation aufgehen. Die geschätzten Kosten im Endausbau liegen bei ca. 7,3 Millionen Euro pro Jahr.

„Das Krisendienst Projekt ist für mich ein Herzensanliegen“, sagte Bezirkstagspräsident Josef Mederer. „Endlich können Menschen in akuten seelischen Krisen wohnortnahe und rasch einen Hilferuf absetzen, ohne dass sie fürchten müssen, mit dem Notarzt auch die Polizei im Haus zu haben. Zudem werden sie fachkompetent unterstützt, das jeweils am besten für sie geeignete Hilfsangebote zu finden.“ Wichtig sei auch, so der Präsident weiter, „dass dieses Projekt das Ergebnis der hervorragenden Kooperation zwischen den Trägern der freien Wohlfahrtspflege, den Kliniken des Bezirks Oberbayern (kbo) und des Bezirks Oberbayern ist. Allen Beteiligten danke ich ausdrücklich für diese gelungene, einmalige und vertrauensvolle Zusammenarbeit.“

Vier Versorgungsgebiete geplant

Der Ausbau des Krisendienstes erfolgt laut dem Beschluss stufenweise. Geplant sind vier Versorgungsgebiete, die fast deckungsgleich mit den vier Planungsregionen sind. Lediglich der Landkreis Ebersberg wird aus organisatorischen Gründen jeweils zur Hälfte der Region 14 (München und Umland) sowie 18 (Rosenheim und

östliches Oberbayern) zugeschlagen. Der Startschuss wird im Landkreis München fallen – gefolgt von der Region 10, weil dort die Vorbereitungen am weitesten gediehen sind.

Die Leitstelle ist weiterhin beim Atriumhaus in München angesiedelt. Bei ihr gehen – wie beim bestehenden Krisendienst München – die telefonischen Erstkontakte ein. Sie ist ärztlich geführt, mit speziell geschulten Fachkräften besetzt und übernimmt die Erstberatung. Die Leitstelle koordiniert die geeigneten Hilfen. Erreichbar ist sie künftig über eine zentrale 0180-Rufnummer aus ganz Oberbayern von 9 Uhr bis 24 Uhr.

Dezentrale Fachstellen

„Unser wichtigstes Anliegen ist die bestmögliche Wohnortnahe der Hilfsangebote“, sagte Mederer. Deshalb übernehmen in den vier Versorgungsregionen dezentral verortete Fachstellen (u. a. Sozialpsychiatrische Dienste und Psychiatrische Institutsambulanzen) die persönliche Krisenintervention. Je nach Bedarf erfolgt dies über kurzfristige ambulante Beratungstermine, Kriseneinsätze vor Ort oder stationäre Klinikweisungen.

An den Krisendienst können sich alle Bürger und Bürgerin-

nen Oberbayerns in seelischen Krisen ebenso wenden wie deren Angehörige, Betreuer und sonstige beteiligte Dritte im sozialen Umfeld. Auch Experten aus Medizin und Fachstellen finden dort ein offenes Ohr. Eingerichtet ist der Dienst auf Anrufer aller Altersgruppen ab 16 Jahren, Menschen mit und ohne Behinderungen sowie verschiedener Kulturkreise und aller gesellschaftlichen Gruppen.

„Das Projekt ist für uns ein gewaltiger Brocken, da wir es zurzeit noch alleine schultern müssen“, bedauerte der Präsident. „Leider beteiligen sich die Krankenkassen nicht, wir haben wirklich alles versucht, aber es war nichts zu machen.“ Die Krankenkassen hätten stets auf das bestehende Notfallsystem für somatische Erkrankungen verwiesen, das sie mitfinanzieren. Dieses reiche aber aus Sicht des Bezirks Oberbayern nicht aus, um vielfältigen Problemlagen von Menschen mit einer seelischen Erkrankung zu bewältigen.

Allein aus dem Großraum München gehen beim Krisendienst Psychiatrie München (www.krisendienst-psychiatrie.de) derzeit jährlich 15.000 Anrufe ein. Für das Jahr 2016 sind im Haushalt des Bezirks Oberbayern zirka 4,6 Millionen Euro für das neue Angebot eingeplant. Bis 2019 die letzte Ausbaustufe erreicht ist, steigen die jährlichen Kosten auf geschätzte 7,3 Millionen Euro. „Eine gewaltige Kraftanstrengung“, so der Präsident. „Aber schnelle und wohnortnahe Hilfe für Menschen in seelischen Notlagen ist wirklich jeden Cent wert.“ □

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Ich habe es getan! Und ich bin stolz auf mich! Ich habe die erste Online-Petition meines Lebens unterschrieben. Schließlich bin ich nicht nur Bürgermeister, sondern auch Bürger und kann wie jeder andere auch meine Meinung kundtun.“ Mein Chef, der Bürgermeister, war ziemlich aufgekratzt an diesem Vormittag.

Eigentlich bin ich schuld, denn ich habe ihm den Link zur Online-Petition „Abschaffung der Bundesjugendspiele“ weitergeleitet, nachdem ich mich selber durch meine Unterschrift darunter mit Wonne für all die faden heißen Vormittage gerächt habe, die mir dieses anachronistische Spektakel als Schülerin beschert hat. Nun wusste ich ja, dass auch der Chef Zwangswettkämpfe für so überflüssig wie Fußpilz hält. Aber die Tatsache, dass er spornstreichs unterzeichnet, hat mich dennoch etwas überrascht.



oder Chemie nur Bahnhof verstanden zu haben, oder die armen Kinder bedauert, die heutzutage verpflichtend Mathe im Gymnasial-Abitur schreiben müssen.

Lässt man aber fallen, nie ein guter Sportler gewesen zu sein, ist der kultivierte Shitstorm schon vorprogrammiert, gilt man doch als Weichei, untüchtig und asozial, weil man vielleicht den Mitschülern

auf diese Weise so manches spannende Match verdorben hat, wenn man als Restposten in die Mannschaft zugewählt werden musste. Und jetzt erfährt man, dass nahezu 25.000 Leute ebenso denken, wie man selbst. Wow.

Nun ja, man bereut die Unterschrift natürlich auch bald, denn kaum hat man erfolgreich seine Zeichnung abgeschickt, wird man dezent darauf hingewiesen, dass man den Erfolg dieses wichtigen Anliegens mit einer Spende in abgestufter Höhe zu befördern nun quasi moralisch aufgerufen sei. Man solle sein Votum gefälligst twittern oder auf Facebook teilen, damit es möglichst weit rumgehe in der Innung. Danach erhält man Wasserstandsmeldungen über die Verbreitung der Petition, bei denen nie der Hinweis fehlt, dass es ja noch eine ganze Reihe anderer schöner Petitionen gäbe, die ebenfalls unterstützenswert seien. Schließlich habe man sich zur Community der aktiven Bürger gesellt, da könne man doch jetzt nicht schlapp machen und solle sich für dies und jenes auch ins Zeug legen.

Mein Chef, der Bürgermeister, wartet jetzt erst mal gespannt ab, was aus der Petition wird und hat bis auf weiteres eine Regel am Computer eingestellt, die Mails der Petitionsplattform als Spam zu behandeln. Eines ist schon geschafft: Deutschland diskutiert das Thema. Längst gibt es eine – was sonst – Onlinepetition für die Bundesjugendspiele, obwohl das natürlich völlig sinnlos ist, denn es gibt sie ja. Aber auch damit brachte jemand seinen Namen in die Zeitung. Demokratie meets Marketing sozusagen. Was die Meinung vom Bürgermeister und mir angeht, twitterte ich mal einen Satz von Bertold Brecht: „Der große Sport fängt da an, wo er längst aufgehört hat, gesund zu sein.“

Demokratie meets Marketing

Denn natürlich ist es richtig, dass ein Kommunalpolitiker durch seinen Amtseid nicht auch seine Rechte als Bürger ablegt – und das Petitionsrecht ist nun einmal ein wertvolles Bürgerrecht, das wir in unserer Demokratie haben. Allerdings sollte ein Politiker, gleich auf welcher staatlichen Ebene er sein Amt ausübt, eingedenk des Verfassungsauftrags an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken, eigentlich über andere Instrumente verfügen, um seinen Überzeugungen Gehör zu verschaffen. Stellen wir dies aber mal hintan und machen uns auch nicht viele Gedanken darüber, dass sich die Bundesjugendspielpetition an den Bund richtet, obwohl die Spiele von den Landeskompetenz unterliegenden Schulen abgehalten werden – die Unterschrift befreit und gibt einem das gute Gefühl, mal seine Meinung gesagt zu haben.

Eine Meinung, die überraschenderweise von einer ganzen Reihe Menschen geteilt wird. Wer wagt es sonst schon, seine Stimme gegen die heilige Kuh Schulsport zu erheben? Auf jeder Party erntet man verständnisvolle, mitfühlende oder komplizenhafte Blicke, wenn man sich als Matheversagerin outet, bekundet, in Physik

the Sabrina

CSU-Mittelfranken mit „Lust auf Zukunft“

Joachim Herrmann überzeugend als CSU-Bezirksvorsitzender wiedergewählt

Gunzenhausen. „Wir lieben Franken und Bayern und wir sind stolz auf unser Vaterland. Und deshalb haben wir Lust auf Zukunft und wollen diese in christlicher Verantwortung und Grundsatztreue gestalten“. Mit diesem Appell bat Joachim Herrmann die mehr als 300 Teilnehmer beim Bezirksparteitag der CSU-Mittelfranken „mit Kompetenz und Leidenschaft“ um auch künftig engagierte Mitarbeit in Partei und Politik.

In seiner mit viel Applaus bedachten Rede ging der Bayerische Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr besonders auf das Profil Bayerns und Mittelfrankens ein: Bayern habe bei den Arbeitsplätzen schon seit langer Zeit die besten Werte in Deutschland und auch in Mittelfranken habe die Arbeitslosigkeit in den letzten zehn Jahren deutlich abgebaut werden können. „Bayern und Deutschland sind wieder die wirtschaftliche Lokomotive in Europa, und Deutschland kann nur so stark sein, weil Bayern so stark ist“, so Herrmann.

Dabei seien Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum solide finanziert, Bayern könne schon seit dem Jahr 2006 ausgeglichene Haushalte vorlegen. Für den CSU-Bezirksvorsitzenden habe „Leben auf Pump noch nie funktioniert“. Die CSU werden diesen Kurs beibehalten, ohne auf sinnvolle Investitionen in die Infrastruktur auch in Mittelfranken zu verzichten. Im Gegenteil: Bei den Verkehrswegen seien neben Erhaltungsmaßnahmen weitere Neubauten vorgesehen und der in Bayern vorbildliche Breitbandausbau tue ein Übriges, um den ländlichen Räumen neue Impulse zu geben.

Diese würden verstärkt durch die

Bund-Länder-Städtebauförderung, wonach in diesem Jahr 62 Städte und Gemeinden in Mittelfranken mit rund 19 Millionen Euro an Finanzhilfen für städtebauliche Erneuerungsprojekte rechnen könnten. Zusammen mit dem bayerischen Städtebauförderungsprogramm würden nach Aussagen des Kommunalministers 97 Kommunen in Mittelfranken mit insgesamt fast 23 Millionen Euro unterstützt. Weitere Förderungen würden die Leitprojekte Flugpioniermuseum in Leutershausen und die kleine Landesgartenschau in Wassertrüdingen aus EU-Mitteln erhalten.

Zu den wesentlichen Zielen der CSU gehöre, darauf hinzuwirken, dass die Menschen in allen Regionen Bayerns von „ihrer eigenen Hände Arbeit“ leben können, und das in einem kinderfreundlichen Land unter Bewahrung der eigenen kulturellen Identität. Letzteres nannte Joachim Herrmann auch „entscheidend für das richtige Gelingen der Integration. Wer auf Dauer in unserem Land leben möchte, müsse nicht nur in unsere Rechts- und Gesellschaftsordnung integriert werden, er müsse auch selbst einen Beitrag dazu leisten. Joachim Herrmann: „Multi-Kulti lehnen wir ab, das ist gescheitert!“

Unabhängig davon werde weiter in die Sicherheit des Landes investiert. Während in anderen Ländern bei der Polizei Stellen gekürzt worden seien, sei der Personalumfang in Bayern in den letzten fünf Jahren um sechs Prozent gewachsen. Mit der niedrigsten Kriminalitätsrate und der höchsten Aufklärungsquote bleibe es dabei: „In Bayern leben heißt sicherer leben“. Der Bayerische Innenminister danke dabei nicht nur den Sicherheits- und Rettungskräften für deren großartigen Einsatz, er bat auch alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, weiterhin für eine wehrhafte Demokratie und Ideale einzustehen. Der Gipfel in Elmau habe gezeigt, dass es durchaus möglich ist, die Versammlungsfreiheit zu gewährleisten und gleichzeitig hohen Staatsrepräsentanten ungestörtes Tagen zu ermöglichen.

„Bayern blüht und die CSU ist bärenstark“, urteilte Ministerpräsident Horst Seehofer. Bayern und Franken gehe es so gut wie nie zuvor in der Geschichte. Dabei sei Franken „ein starkes Stück Bayern“ und gehöre zu den Hauptgewinnern des Heimatplans der Bayerischen Staatsregierung, mit welchem gleichwertige Chancen in allen Regionen geschaffen werden sollen.

Bei den insgesamt von Kontinuität geprägten Neuwahlen wurde Joachim Herrmann mit 97,1 Prozent der Stimmen in seinem Amt als CSU-Bezirksvorsitzender bestätigt. pmw



Bayerische Kommunalpolitiker zu Gast im Landratsamt Fürstfeldbruck

Vor kurzem besuchte eine Seminargruppe des Bayerischen Selbstverwaltungskollegs (BSVK), eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Fürstfeldbruck, das Landratsamt Fürstfeldbruck. Aufgabe des BSVK ist es, Bürgermeister/-innen, Gemeinde-, Stadt-, Kreis- und Bezirksräte/-innen mit den Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung vertraut zu machen. Die Seminarteilnehmer haben Gelegenheit, zu aktuellen kommunalpolitischen Themen zu diskutieren und gegenseitig Erfahrungen auszutauschen.

Landrat Thomas Karmasin stand den Gästen aus ganz Bayern nach der Begrüßung und Vorstellung des Landkreises Fürstfeldbruck Rede und Antwort. Im Anschluss berichtete Herrmann Seifert, Leiter des öffentlichen Personennahverkehrs, über seinen Aufgabenbereich und stellte u.a. das seit 1. April 2015 neu eingeführte RufTaxi vor.

Nadine Dreer, Sachbereichsleiterin Gerichtshilfen und Prävention im Amt für Jugend und Familie, informierte die Gäste über die „Leseweisung“, eine jugendrichterliche bzw. staatsanwaltliche Auflage, die nach dem Jugendgerichtsgesetz verhängt werden kann. Danach stellte sie zusammen mit ihrer Kollegin Rita Friedrich das seit 2009 eingeführte Präventionsprojekt HaLT gegen Alkoholmissbrauch vor. Zum Abschluss besichtigten die Teilnehmer das Bürgerservice-Zentrum, das seit 13 Jahren im Landratsamt Fürstfeldbruck erste Anlaufstelle für die Mitbürgerinnen und Mitbürger ist. Volker Morawetz, Leiter dieser Fachabteilung, zog im Rahmen eines Erfahrungsberichtes Bilanz.

Unser Foto zeigt Landrat Thomas Karmasin (links) und Eleonore Cröniger, Geschäftsführerin des Bayerischen Selbstverwaltungskollegs (rechts) mit den Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmern im Landratsamt Fürstfeldbruck. □

Breitband-Internet für Gerhardshofen

Die mittelfränkische Gemeinde Gerhardshofen verfügt ab sofort über leistungsfähige Glasfaseranschlüsse. Bei der offiziellen Inbetriebnahme des neuen Netzes durch die Gemeinde und den regionalen Telekommunikationsanbieter M-net informierte sich auch Bayerns Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder vor Ort über das Projekt und die damit verbundenen Verbesserungen für die Bürger und Unternehmen.

Rasante Up- und Downloads, Surfen ohne Wartezeiten beim Seitenaufbau oder ruckelfreies Video-streaming. Über 1.100 private Haushalte und Gewerbetreibende können diese und viele weitere Vorteile des schnellen Internets ab sofort nutzen. In den vergangenen Monaten wurden dazu neue Glasfaserkabel über eine Strecke von 17 Kilometern verlegt. Sie verbinden das Hauptnetz von M-net mit den sogenannten Kabelverzweigern. „Elf dieser grauen Kästen, die meist am Straßenrand platziert sind, sind über das gesamte Gemeindegebiet von Gerhardshofen verteilt und dienen als Schaltstelle

zu den einzelnen Haushalten“, erklärt Jörn Schoof, M-net Niederlassungsleiter Nürnberg / Franken. „Neben die Kabelverzweiger haben wir zusätzliche Gehäuse mit aktiven VDSL-Technik-Komponenten installiert. Sie ermöglichen es den Haushalten, die bisher nur im Schnecken-tempo im Internet surfen, sozusagen den Turbo einzuschalten, um mit Bandbreiten von derzeit bis zu 50 Mbit/s im Internet zu surfen.“

Staatsminister Dr. Markus Söder stellte fest: „Mit dem neuen Breitbandnetz erhält Gerhardshofen einen eigenen Anschluss an die Datenautobahn. Damit steigt



Staatsminister Söder nahm das Breitbandnetz in Gerhardshofen offiziell in Betrieb. Unser Bild zeigt v. l.: Jörn Schoof (M-net), Hans Herold, MdL, Staatsminister Dr. Markus Söder, Bürgermeister Jürgen Mönius und Landrat Helmut Weiß. □

die Attraktivität und Lebensqualität im ländlichen Raum. M-net ist dabei ein zuverlässiger Partner für die Gemeinde im Aischgrund.“

Der Breitbandausbau stelle für die Gemeinde einen Meilenstein dar, so Bürgermeister Jürgen Mönius: „Die Nachfrage nach schnellen Internetanschlüssen ist im ländlichen Raum ebenso hoch wie in der Großstadt. Unsere Bürger wollen moderne Kommunikations- und Unterhaltungsprogramme nutzen, für die es nun mal eine schnelle Datenleitung braucht. Für Gerhardshofen sind die neuen Glasfaseranschlüsse damit auch ein entscheidender Standortvorteil.“

Insgesamt investierte die Gemeinde knapp 415.000 Euro, um den Hauptort sowie die Ortsteile Birnbaum, Emelsdorf, Linden, Kästel, Forst, Willmersbach und Götthelhof zu erschließen. 80 Pro-

zent davon, rund 330.000 Euro, übernahm der Freistaat Bayern mit Mitteln aus seinem aktuellen Breitbandförderprogramm.

Für die ansässigen Unternehmen ist der Breitbandausbau ein wichtiger Schritt, um auch weiterhin wettbewerbsfähig zu wirtschaften. Das trifft auch auf Weilburger Graphics zu, einen weltweit vernetzten Hersteller von Speziallacken für die graphische Industrie. Staatsminister Dr. Söder verschuf sich vor Ort einen Eindruck davon, wie das lokal verwurzelte Unternehmen von seiner schnellen Datenleitung profitiert. Vor allem erleichtert und beschleunigt sie die Kommunikation des Unternehmens, zum Beispiel wenn große Datenmengen in andere Niederlassungen oder an Kunden im In- und Ausland verschickt werden müssen. □

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine **Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH** bei. Bitte beachten Sie unseren Sonderdruck zur **Unternehmerkonferenz des Sparkassenverbands Bayern**. □

„Anschub“ fährt nach Berlin

Flüchtlingsbildungsprojekt wurde für Bildungsmanagement-Konferenz in der Bundeshauptstadt ausgewählt

Die „Bildungsregion Landkreis Neu-Ulm“ erregt weiter großes Aufsehen. Jetzt ist die Bundesregierung auf das Projekt „Anschub“ aufmerksam geworden. Initiator Dr. Ansgar Bätzner, fachlicher Leiter des Schulamts Neu-Ulm und Kreisrat, und Sonja Seger, die Bildungsreferentin des Landkreises Neu-Ulm, präsentierten bei der „Bundeskongress Bildungsmanagement 2015“ in Berlin das Projekt, das seit Februar dieses Jahres asylsuchende nicht volljährige Flüchtlinge in Schule und Betrieb Bildung vermittelt.

Der Vortrag von Dr. Ansgar Bätzner und Sonja Seger trug den Titel: „Bildungschancen minderjähriger Flüchtlinge als Aktionsfeld im kommunalen Bildungsmanagement“. Die Veranstaltung mit der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Prof. Dr. Johanna Wanka, und der Sächsischen Staatsministerin und Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Brunhild Kurth, fand im Westhafen Event & Convention Center in der Bundeshauptstadt statt.

„Anschub“ wurde als einer von 15 Beiträgen für das „Forum Kommunales Bildungsmanagement“ im Rahmen der Bundeskonferenz ausgewählt. „Das

ist eine überregionale Anerkennung für die Arbeit, die wir bisher in der Bildungsregion geleistet haben“, freute sich Sonja Seger über die Einladung.

Dr. Ansgar Bätzner hebt den Netzwerkcharakter, die Pilot- und die Vorbildfunktion von „Anschub“ hervor: „In Zusammenarbeit aller Beteiligten haben wir als Pioniere das Projekt von unten entwickelt: Landratsamt und Bildungsregion, Staatliches Schulamt, IHK, Kreishandwerkerschaft, Kompetenzzentrum Sparkasse Neu-Ulm/Illertissen, Peter-Schöllhorn-Mittelschule Neu-Ulm und Werner-Ziegler-Mittelschule Senden.“ □

Vorschau auf GZ 14

In unserer Ausgabe Nr. 14, die am 23. Juli 2015 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- Öffentliche Beleuchtung • Straßenbeleuchtung
- Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV
- Winterdienst-Planung • Kommunalfahrzeuge
- Fachliteratur für Kommunalpolitiker und Kommunalverwaltungen
- Kommunale Rechtsfragen

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauenlobgraben 73 - 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

5. November 2015

3. BAYERISCHES BREITBAND FORUM Stadthalle Neusäß
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-breitbandforum.de

Computer Netzwerke

Die Netzwerkprofis crystal
Ihr Partner für alles rund um Netzwerke —
von Entwurf zu Umsetzung und mehr. The experts for networks.
Weitere Informationen: Tel.: +49 881 60094080 • info@crystal.de • www.crystal.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
Constanze von Hassel
Telefon 081 71.93 07-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
Theresa von Hassel
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500
Maschinenhallen • Wertstoffhöfe • Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de • info@laumer.de

Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

- Henne-Unimog GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
- Beuthauser-Basewitz GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.basewitz.de
- Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
- Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
- Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de
- KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

NÜRNBERG 2015
KOMMUNALE
9. FACHMESSE UND KONGRESS FÜR KOMMUNALBEDARF
14./15. Okt. 2015
Messe Nürnberg www.kommunale.de
Die Bayerische Gemeindezeitung ist Medienpartner

Kommunalfinanzierung

Ihr Partner für kommunale Finanzierungen
www.bayernlabo.de Bayern Labo

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk • Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 • D-35702 Haiger • Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 • www.hailo-professional.de

Frühjahr 2016

4. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Sitzmöbelhersteller

Das Krenzer-Modularsystem
... clevere Raumkonzepte
KRENZER
Fordern Sie unsere neuen Verkaufunterlagen an!
Walter Krenzer GmbH & Co KG • Industriestraße 26 • 35684 Dillenburg (Frohnhäusen)
Tel.: 0 27 71/32 08-0 • E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de • www.krenzer-sitzmoebel.de

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
Wartehallen
39685 Langelsheim • www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum weihnachtsbeleuchtung
beratung • planung • vertrieb
grünware • lichtschlauch • led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

23. Juni 2016
9. BAYERISCHES ENERGIEFORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-energieforum.de